



GESCHÄFTSBERICHT
2011

R+V Pensionskasse AG



Genossenschaftliche FinanzGruppe
Volksbanken Raiffeisenbanken

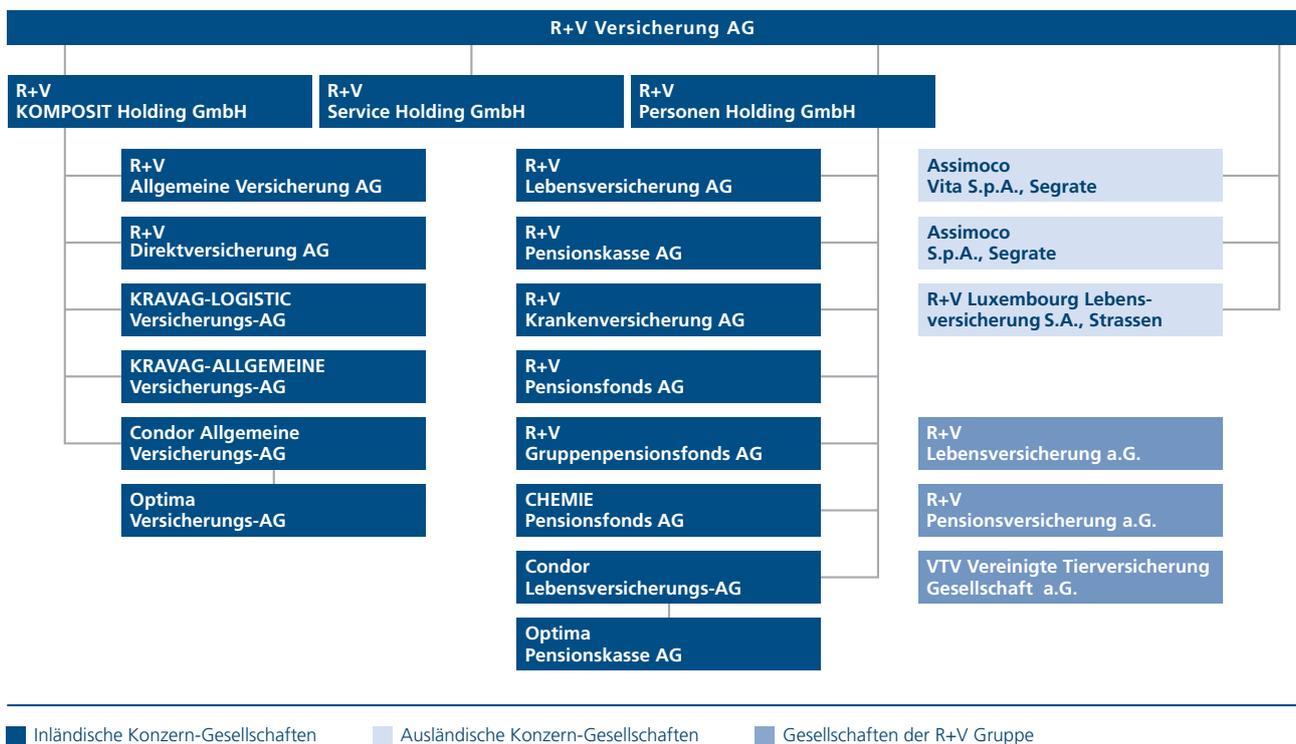
R+V Pensionskasse AG

Raiffeisenplatz 1, 65189 Wiesbaden, Telefon (0611) 533-0
Eingetragen beim Amtsgericht Wiesbaden HRB 22028

Geschäftsbericht 2011

Vorgelegt zur ordentlichen Hauptversammlung
am 5. Juni 2012

R+V Gruppe – Vereinfachte Darstellung



ZAHLEN ZUM GESCHÄFTSJAHR

in Mio. Euro	R+V Pensionskasse AG	
	2011	2010
Gebuchte Bruttobeiträge	105,5	104,0
Brutto-Aufwendungen für Versicherungsfälle	10,7	8,3
Laufende Erträge aus Kapitalanlagen	27,5	24,9
Kapitalanlagen	740,7	615,7
Anzahl der Versicherungsverträge (in Tsd.)	100	96
Mitarbeiter am 31. Dezember	–	–
Gebuchte Bruttobeiträge		
Erstversicherer Inland der R+V Gruppe (HGB)	10.088	9.692
R+V Konzern (IFRS)	11.332	11.105
Jahresergebnis – R+V Konzern (IFRS)	181	261
Kapitalanlagen - R+V Konzern (IFRS)	61.143	60.008

4

LAGEBERICHT 2011

Geschäft und Rahmenbedingungen	4
Geschäftsverlauf der R+V Pensionskasse AG	8
Ertragslage	9
Finanzlage	11
Vermögenslage	11
Nachtragsbericht	12
Risikobericht	12
Prognosebericht	21

50

WEITERE INFORMATIONEN

Sonstige Angaben	50
Überschussbeteiligung der Versicherungsnehmer	50
Aufsichtsrat	59
Vorstand	59
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	60
Bericht des Aufsichtsrats	61
Glossar	63

26

GEWINNVERWENDUNGSVORSCHLAG

Gewinnverwendungsvorschlag	26
----------------------------	----

27

JAHRESABSCHLUSS 2011

Bilanz	28
Gewinn- und Verlustrechnung	32
Anhang	35
Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	35
Erläuterungen zur Bilanz – Aktiva	38
Erläuterungen zur Bilanz – Passiva	44
Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung	48

Lagebericht

Geschäft und Rahmenbedingungen

Geschäftstätigkeit

Die R+V Pensionskasse AG, gegründet 2004, gehört als Unternehmen der R+V der genossenschaftlichen FinanzGruppe an. Sie repräsentiert als Pensionskasse einen der fünf Durchführungswege der betrieblichen Altersversorgung. Als Spezialversicherer für betriebliche Altersversorgung bietet sie ihren Kunden maßgeschneiderte Versorgungslösungen. Ihr Versicherungsprogramm umfasst Rentenversicherungen sowie Zusatzversicherungen zur Versorgung von Hinterbliebenen und zur Absicherung für den Fall der Berufsunfähigkeit.

Organisatorische und rechtliche Struktur

Die Anteile der R+V Pensionskasse AG wurden zu 99 % von der R+V Lebensversicherung AG und zu 1 % von der R+V Pensionsversicherung a.G. gehalten. Am 26. Mai 2011 wurden diese Anteile an die R+V Personen Holding GmbH verkauft, die jetzt 100 % der Anteile der R+V Pensionskasse AG hält.

Die R+V Personen Holding GmbH wiederum ist eine hundertprozentige Tochter der R+V Versicherung AG.

Die R+V Versicherung AG fungiert als Obergesellschaft des R+V Konzerns. Sie erstellt einen Teilkonzernabschluss nach den internationalen Rechnungslegungsstandards IFRS, in den der Jahresabschluss der R+V Pensionskasse AG einbezogen wird.

Die R+V Versicherung AG befindet sich mehrheitlich im Besitz der DZ BANK AG Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank. Darüber hinaus halten die WGZ BANK AG Westdeutsche Genossenschafts-Zentralbank sowie weitere genossenschaftliche Verbände und Institute Anteile an der R+V Versicherung AG. Der Vorstand der R+V Versicherung AG trägt die Verantwortung für das Versicherungsgeschäft der DZ BANK Gruppe.

Der Jahresabschluss der R+V Pensionskasse AG wurde nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs (HGB) erstellt.

Die Vorstände der Gesellschaften der R+V sind teilweise in Personalunion besetzt. Der R+V Konzern wird geführt wie ein einheitliches Unternehmen.

Zwischen den Gesellschaften der R+V wurden Funktionsausgliederungs- und Dienstleistungsvereinbarungen abgeschlossen.

Die versicherungstechnische Verwaltung erfolgt durch die R+V Lebensversicherung AG, die auch über ihren Außendienst Pensionsversicherungen an die R+V Pensionskasse AG vermittelt.

Die R+V Pensionskasse AG hat ihren Sitz in Wiesbaden.

Beziehungen zu verbundenen Unternehmen

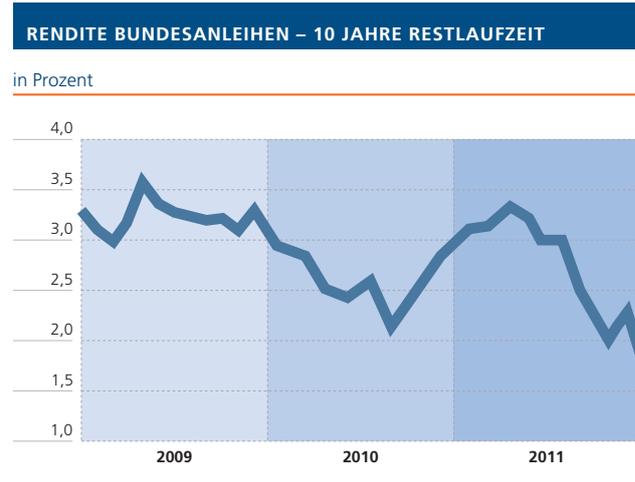
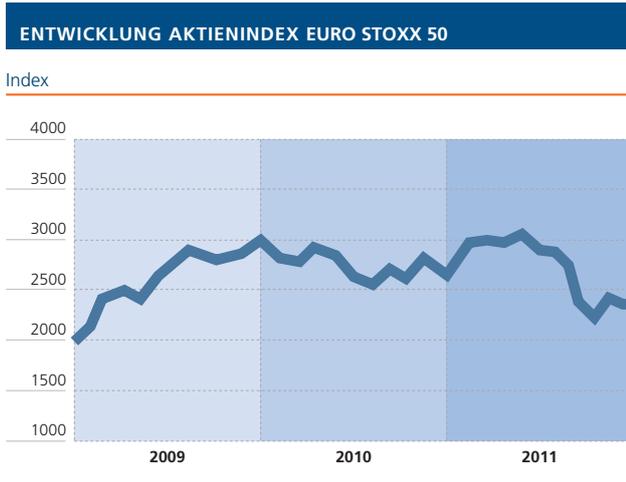
In dem nach § 312 Aktiengesetz (AktG) erstellten Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen hat der Vorstand erklärt, dass die Gesellschaft nach den Umständen, die ihm zu dem Zeitpunkt bekannt waren, in dem die im Bericht erwähnten Rechtsgeschäfte vorgenommen wurden, bei jedem Rechtsgeschäft eine angemessene Gegenleistung erhalten hat und dadurch dass andere berichtspflichtige Maßnahmen weder getroffen noch unterlassen wurden, nicht benachteiligt wurde.

Verbandszugehörigkeit

Die Gesellschaft ist Mitglied im Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V., Berlin (GDV).

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung 2011

Trotz der Schuldenkrise in Europa hat sich die konjunkturelle Entwicklung in Deutschland im Jahr 2011 weiterhin als ungewöhnlich robust erwiesen. Das Bruttoinlandsprodukt legte nach vorläufigen Berechnungen des Sachverständigenrates um 3,0 % zu, nach 3,7 % im Vorjahr. Eine erfreuliche Entwicklung gab es am Arbeitsmarkt. Die Anzahl der registrierten Arbeitslosen sank knapp unter die Drei-Millionen-Marke und erreichte damit den niedrigsten Wert seit einem Jahrzehnt.



Entwicklung an den Kapitalmärkten

Das Jahr 2011 wurde an den Kapitalmärkten durch die Staatsschuldenkrise und eine daraus resultierende Konjunkturabkühlung dominiert. Die Krise einzelner Länder in Europa hat sich zu einer Eurokrise und globalen Staatsschuldenkrise ausgeweitet. Den USA wurde von einer großen Ratingagentur das Höchststrating AAA aberkannt. Viele Euroländer und die mit ihnen verbundenen Banken mussten deutliche Ratingabwertungen hinnehmen. Hinzu kamen neben einer sich deutlich verschlechternden Konjunktur Sonderfaktoren wie die durch das Erdbeben im März ausgelöste Nuklearkatastrophe in Japan und politische Unruhen in arabischen Ländern.

Die Staatsschuldenkrise zwang insbesondere die peripheren Euroländer zu massiven Sparbemühungen, die teilweise einhergingen mit Regierungswechseln und Konjunkturerbrüchen. Sie führte dazu, dass die Europäische Zentralbank (EZB) – erstmals und entgegen ihrer bisherigen Politik – massiv Staatsanleihen ankauft. Und sie führte dazu, dass neue europäische Institutionen, wie European Financial Stability Facility (EFSF) und European Financial Stability Mechanism (EFSM) zur künftigen Krisenbekämpfung geschaffen wurden. Bei den erneuten Rettungsmaßnahmen für Griechenland wurde zudem die hohe Beteiligung der privaten Gläubiger verankert, was zu einer Investitionsblockade führte. Neben Griechenland, Portu-

gal und Irland, die sich nicht mehr am Kapitalmarkt refinanzieren konnten, fiel dies zunehmend Spanien und Italien schwerer. Es kam zu Risikoaversion und Ansteckung vieler Märkte.

Diese Entwicklungen führten im Jahresverlauf zu einem zwierteilten Bild. Während im ersten Halbjahr noch ein begrenzter Konjunkturoptimismus und die Hoffnung auf eine Krisenlösung dominierten, bestimmten im zweiten Halbjahr Rezessionsängste und Krisenverschärfung den Kapitalmarkt. Die EZB machte ihre Zinserhöhungen wieder rückgängig. Die Zinsen zehnjähriger deutscher Staatsanleihen halbierten sich im Jahresverlauf, fielen auf einen neuen historischen Tiefstand von knapp 1,7 % und erholten sich bis Jahresende nur leicht auf 1,8 %. Die Zinsdivergenz in den Euroländern nahm deutlich zu, so stiegen die Zinsen zehnjähriger italienischer Staatsanleihen zeitweise auf 7,2 % und die Portugals auf 14,0 %. Ebenso nahmen die Zinsaufschläge für alle mit der Peripherie verbundenen Vermögensanlagen deutlich zu, allen voran für Bankenanleihen.

Die Aktienmärkte spiegelten die Entwicklungen ebenso wider. Im ersten Halbjahr bewegte sich der für die Eurozone maßgebliche Aktienmarktindex Euro Stoxx 50 in einer Bandbreite von etwa 2.700 bis 3.100 Punkten. Vom Juli bis September fiel er

GESAMTZAHLN DER BRANCHE

	2011 in Mrd. Euro	Veränderung zum Vorjahr
Gebuchte Bruttobeitragseinnahmen, Inland	178,1	- 0,4 %
Versicherungsleistungen der Erstversicherer	147,7	+ 7,0 %

stark, zeitweise um etwa ein Drittel vom Jahreshoch auf ein Jahrestief. Zum Jahresende stand er bei 2.316 Punkten und zeigte damit einen Rückgang für das gesamte Jahr von 18,4 %. Der deutsche Aktienindex DAX ging um 15,6 % zurück.

Lage der Versicherungswirtschaft

Die deutschen Versicherer konnten 2011 eine stabile Geschäftsentwicklung vorweisen und mussten trotz der stetigen Zuspitzung der Schuldenkrise in Europa lediglich leichte Einbußen bei den Bruttobeitragseinnahmen hinnehmen. Dieser Rückgang ist vor allem auf die von der Branche angestrebte Normalisierung des Einmalbeitragsgeschäftes in der Lebensversicherung zurückzuführen.

In der Lebensversicherung stand einer Steigerung des laufenden Neubeitrags ein Rückgang bei den Einmalbeiträgen gegenüber. So legte das Neugeschäft gegen laufenden Beitrag um 8,2 % zu. Hingegen gingen – nach einem sehr starken Wachstum in den Vorjahren – die Einmalbeiträge um ein Sechstel von 26,8 Mrd. Euro auf 22,4 Mrd. Euro zurück. Insgesamt erzielten die Lebensversicherer damit Bruttobeiträge von 86,6 Mrd. Euro, ein Minus von 4,2 %. Die Stornoquote ging laut GDV erneut zurück und liegt nun bei rund 3,5 % der Verträge.

Die privaten Krankenversicherer haben ihren Wachstumskurs fortgesetzt und ein Beitragsplus von 4,9 % auf 34,9 Mrd. Euro verzeichnet. Davon entfielen auf die Krankenvoll- und Krankenzusatzversicherung rund 32,8 Mrd. Euro und auf die Pflege-Pflichtversicherung 2,1 Mrd. Euro.

ENTWICKLUNG DER LEBENSVERSICHERUNGSSPARTE*

	2011 in Mrd. Euro	Veränderung zum Vorjahr
Gebuchte Bruttobeiträge	86,6	- 4,2 %
Anzahl neuer Verträge	6,5 Mio. Stück	+ 2,3 %
Gesamte Neugeschäftsbeiträge	28,7	- 12,2 %

* GDV-Zahlen (Lebensversicherer, Pensionskassen, Pensionsfonds), Stand Januar 2012

In der Schaden- und Unfallversicherung hielt der Aufwärtstrend des Vorjahres an. Die Beitragseinnahmen stiegen um 2,7 % auf 56,7 Mrd. Euro. Entscheidenden Anteil hieran hatte die positive Entwicklung in der Kraftfahrt-Versicherung, deren Beitragseinnahmen um 3,5 % zulegen. Auch die anderen Versicherungszweige erzielten nach vorläufigen Angaben des GDV ein Beitragsplus. Die Leistungen stiegen 2011 um 2,6 % auf 44,4 Mrd. Euro.

Das Jahr 2011 erwies sich als anspruchsvolle Periode für die Rückversicherungsbranche. Die ungewöhnliche Häufung schwerer Naturkatastrophen sowie verminderte Erträge aus Kapitalanlagen senkten die Ertragskraft des Sektors.

Insbesondere im Pazifikraum und Ostasien waren im ersten Quartal viele Katastrophenschäden zu verzeichnen. Der Nordosten Australiens musste neben schweren Überschwemmungen in der Region Queensland im Januar auch den Zyklon Yasi hinnehmen, der am 3. Februar mit Windgeschwindigkeiten von bis zu 280 km/h auf die Küste traf. Ebenfalls im Februar wurde die neuseeländische Stadt Christchurch erneut von einem starken Beben erschüttert. Obwohl das Ereignis in den europäischen Medien kaum wahrgenommen wurde, summieren sich die versicherten Schäden inzwischen auf deutlich über 10 Mrd. US-Dollar. Nur zwei Wochen später ereignete sich der größte Schaden des Jahres 2011. Mit einer Stärke von 9,0 bebte die Erde am 11. März vor der japanischen Hauptinsel Honshu und verursachte einen Tsunami. Die versicherten Schäden werden auf mehr als 30 Mrd. US-Dollar geschätzt und machen dieses Ereignis zum bisher teuersten Erdbebenereignis für die Versicherungsindustrie.

ENTWICKLUNG DER KRANKENVERSICHERUNGSSPARTE*

	2011 in Mrd. Euro	Veränderung zum Vorjahr
Gebuchte Bruttobeiträge	34,9	+ 4,9 %
davon Voll- und Zusatzversicherung	32,8	+ 5,1 %
Pflege-Pflichtversicherung	2,1	+ 2,1 %
Versicherungsleistungen	23,1	+ 5,5 %

* GDV-Zahlen, Stand November 2011

Unter anderem getrieben durch eine extreme Unwettersaison in den USA mit hunderten Tornados, die vor allem die Bundesstaaten Alabama, Missouri und Tennessee betrafen, stiegen zur Jahresmitte die weltweiten wirtschaftlichen Schäden auf einen Wert an, der den des bisher teuersten Jahres 2005 noch überstieg.

Trotz einer aktiven Hurrikansaison mit sieben benannten Hurrikans und zwölf benannten tropischen Stürmen sowie dem Flutereignis in Bangkok verschärfte sich die Schadenssituation in der zweiten Jahreshälfte nicht weiter. Zwar summierten sich die Schäden für die Versicherungsunternehmen im Gesamtjahr 2011 auf einen vergleichbar hohen Wert wie im Rekordjahr 2005, die Rückversicherungsbranche war aber in der Lage die Belastungen durch ihre gute Kapitalisierung abzufangen und unterstrich erneut ihre Bedeutung beim Ausgleich ökonomischer Schäden. Die Kapitalstärke der Rückversicherungsunternehmen wurde auch von den Ratingagenturen bestätigt, die die Branche aufgrund der guten Kapitalisierung weiterhin positiv beurteilen.

Wurden in den Erneuerungsverhandlungen zum Jahresanfang 2011 noch stabile bis leicht rückläufige Raten beobachtet, waren ab dem ersten Quartal vor allem in den schadenbelasteten und in den von Naturkatastrophen betroffenen Segmenten Ratenerhöhungen zu verzeichnen. Die Schadenssituation, die schwachen Kapitalerträge und die Eurokrise lassen auch für die kommenden Erneuerungen auf stabile bis steigende Raten schließen.

ENTWICKLUNG DER SCHADEN- UND UNFALLVERSICHERUNG*

	2011 in Mrd. Euro	Veränderung zum Vorjahr
Gebuchte Bruttobeiträge		
Schaden/Unfall gesamt	56,7	+ 2,7 %
Kraftfahrt	20,9	+ 3,5 %
Allgemeine Haftpflicht	7,0	+ 2,5 %
Unfallversicherung	6,5	+ 1,0 %
Rechtsschutzversicherung	3,3	+ 2,5 %
Sachversicherung	15,4	+ 1,8 %
Versicherungsleistungen	44,4	+ 2,6 %

* GDV-Zahlen, Stand November 2011

R+V im Markt**Bundesinitiativen bieten Chancen für die Anbieter von Altersvorsorgeprodukten**

Die Bundesregierung hat 2011 zwei Initiativen gestartet, die Chancen für die Anbieter von betrieblicher und privater Altersversorgung bieten.

Im Demografiebericht hat die Bundesregierung Stellung zur demografischen Lage und künftigen Entwicklung des Landes genommen. Demnach stelle der demografische Wandel die gesetzliche Rentenversicherung als umlagefinanziertes Altersversicherungssystem vor Herausforderungen. Zur Sicherung des Lebensstandards im Alter sei eine Ergänzung der gesetzlichen Rentenversicherung durch betriebliche und private Altersvorsorge unerlässlich. Im Frühjahr 2012 wird die Bundesregierung ihre Demografiestrategie vorstellen. Diese soll konkrete Gestaltungsvorschläge für den Bund enthalten, um mittel- und langfristig die Chancen eines längeren Lebens der Bürger zu nutzen und damit einhergehende Risiken abzuwenden.

Im Regierungsdialo g Rente will die Bundesregierung gemeinsam mit Interessenvertretern in einem breit angelegten Diskussionsprozess Entwicklungen in der Arbeitswelt und gesellschaftliche Veränderungen daraufhin untersuchen, ob und welche Risiken diese für mehr Bedürftigkeit im Alter bergen.

Aus dem Diskussionsprozess sollen Änderungen im Rentenrecht resultieren, die Lebensleistung gerecht belohnen und Bedürftigkeitsrisiken entgegenwirken.

Zukunftsvorsorge als Auftrag

Als Kompetenzzentrum für Vorsorgen und Versichern in der genossenschaftlichen FinanzGruppe bietet R+V optimalen Versicherungsschutz und passgenaue, moderne Vorsorgelösungen an. R+V verfügt dabei über ein breites Spektrum bedarfsgerechter Produkte für alle Kunden.

Die Produktpalette reicht von staatlich geförderten Altersvorsorgeprodukten über klassische Rentenversicherungen mit garantiertem Zins zur Absicherung der Langlebigkeit bis hin zu Risikoversicherungen, wie zum Beispiel der Risikolebensversicherung oder der Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherung. In der betrieblichen Altersversorgung bietet R+V alle fünf Durchführungswege an. Dabei sind einzelvertragliche Gestaltungen ebenso möglich wie die Absicherung im Rahmen von Versorgungswerken. Kapitalmarktorientierte fondsgebundene Versicherungen sowie spezielle Produkte exklusiv für Mitglieder von Genossenschaften runden das Angebot ab.

Positionierung der R+V im Wettbewerb

Der wichtigste Faktor für den Erfolg der R+V ist die enge Einbindung in die genossenschaftliche FinanzGruppe. Die Kooperation mit den Volksbanken und Raiffeisenbanken, über die der überwiegende Teil der Lebensversicherungsverträge verkauft wird, bildet die Basis ihres erfolgreichen Geschäftsmodells. Um den Verkauf in den Banken zu fördern, werden bankaffine Versicherungsprodukte bereitgestellt.

In der betrieblichen Altersversorgung hat R+V im stark wachsenden Segment der Branchenversorgungswerke ihre hervorragende Marktposition weiter ausgebaut. Bei der Apothekenrente haben Apothekenmitarbeiter seit 1. Januar 2012 die Möglichkeit, mit Unterstützung des Arbeitgebers eine zusätzliche Altersvorsorge aufzubauen. Einzig empfohlener Anbieter der Tarifparteien ist ein Konsortium unter Federführung der R+V. Für die ergänzende Altersvorsorge in der Kautschukin-

dustrie ist R+V sogar alleiniger strategischer Partner für die Tarifvertragsparteien. Vorsorgelösungen hierbei werden über das ChemieVersorgungswerk angeboten, mit dem R+V seit drei Jahren den Arbeitnehmern der chemischen Industrie attraktive Altersvorsorgeprodukte anbietet. Bereits seit zehn Jahren besteht die MetallRente, das Branchenversorgungswerk für betriebliche Altersversorgung und privaten BU-Schutz für die Beschäftigten der Metall- und Elektroindustrie.

Die im Mai 2009 gestartete Informationskampagne der R+V zum Thema „Frauen und Zukunftsvorsorge“ hat sich zu einer beispiellosen Erfolgsgeschichte entwickelt. Volksbanken und Raiffeisenbanken aus dem gesamten Bundesgebiet gehen auf R+V zu, um unter dem Motto „Freiraum fürs Leben“ Seminare für ihre Kundinnen anbieten zu können. Durch diese Initiative, mit der sich R+V als erste deutsche Versicherung ausschließlich an Frauen richtet, sollen Frauen für das Thema Altersvorsorge sensibilisiert und ihnen Wege aufgezeigt werden, wie sie sich im Alter Freiraum schaffen können.

Geschäftsverlauf der R+V Pensionskasse AG

Geschäftsverlauf im Überblick

Im Geschäftsjahr 2011 erhöhte sich der Neubeitrag um 25,2 % auf 9,0 Mio. Euro.

Die Beitragseinnahme lag mit 105,5 Mio. Euro über dem Vorjahreswert von 104,0 Mio. Euro.

Der Bestand wuchs 2011 um 4,0 % und umfasste zum 31. Dezember 2011 insgesamt 100 Tsd. Verträge mit einem laufenden Beitrag von 107,7 Mio. Euro jährlich. Erfreulich war die sinkende Zahl von Vertragskündigungen; die Stornoquote bezogen auf den Bestand an Verträgen sank auf 0,9 %.

Die R+V Pensionskasse AG erwirtschaftete einen Rohüberschuss von 10,3 Mio. Euro.

Verlässlichkeit und Kompetenz – die R+V Pensionskasse AG

Eingebunden in den R+V Konzern steht die R+V Pensionskasse AG wie die übrigen Gesellschaften der R+V aufgrund einer auf langfristige Solidität ausgerichteten Unternehmenspolitik für Verlässlichkeit, Stärke und Service.

Alle Verpflichtungen der R+V Pensionskasse AG waren zum 31. Dezember 2011 in vollem Umfang durch entsprechende Kapitalanlagen des gebundenen Vermögens zu Buch- wie auch zu Zeitwerten bedeckt.

Das Alterseinkünftegesetz hat frühere Alleinstellungsmerkmale des Durchführungswegs Pensionskasse innerhalb der betrieblichen Altersversorgung aufgehoben. Pensionskassen sind seit der Einführung des Gesetzes hinsichtlich der Rahmenbedingungen mit der Direktversicherung gleichgestellt und stehen daher verstärkt im Wettbewerb mit den übrigen Durchführungswegen der betrieblichen Altersversorgung. Die Pensionskassenprodukte selbst haben jedoch nichts von ihrer Attraktivität verloren und bieten den Kunden daher weiterhin eine sinnvolle Möglichkeit, ergänzend für das Alter vorzusorgen.

Als Vorsorgepartner begleitet die R+V Pensionskasse AG ihre Kunden mit besonders hoher Beratungskompetenz. Nicht zuletzt deshalb ist sie bereits seit ihrer Gründung Konsortialmitglied im Versorgungswerk MetallRente.

Die R+V Pensionskasse AG ist freiwilliges Mitglied im Sicherungsfonds für die Lebensversicherer.

Versicherungsarten

Die R+V Pensionskasse AG bietet Versicherungen in Form von beitragsorientierten Leistungszusagen sowie Beitragszusagen mit Mindestleistungen an. Ergänzend zu den Altersrenten können Zusatzversicherungen zur Versorgung von Hinterbliebenen und zur Absicherung für den Fall der Berufsunfähigkeit eingeschlossen werden.

Entwicklung des Versicherungsgeschäftes

Bei der R+V Pensionskasse AG wurden im Geschäftsjahr 2011 insgesamt 5,5 Tsd. neue Verträge mit einem laufenden Beitrag von 8,2 Mio. Euro abgeschlossen. Hinzu kam ein einmaliger Neubeitrag von 0,8 Mio. Euro. Vom gesamten Neubeitrag stammen 1,7 Mio. Euro aus dem Konsortialgeschäft MetallRente.

Zum 31. Dezember 2011 verwaltete die R+V Pensionskasse AG 100 Tsd. Verträge. Der laufende Beitrag des Bestandes stieg um 2,9 % auf 107,7 Mio. Euro, wovon 23,7 Mio. Euro auf den Bestand des Konsortialgeschäfts entfallen.

Die Stornoquote bezogen auf den laufenden Beitrag im Bestand betrug 4,1 %.

Die Bewegung des Bestandes an Pensionsversicherungen ist der Anlage zum Lagebericht auf den Seiten 24 und 25 zu entnehmen.

Im Jahr 2011 erbrachte die R+V Pensionskasse AG zu Gunsten der Versicherungsnehmer Leistungen in Höhe von 124,3 Mio. Euro. Davon entfielen auf Versicherungsleistungen, Rückkaufsleistungen und Überschüsse 13,4 Mio. Euro. Die Rückstellungen zur Bedeckung künftiger Leistungsverpflichtungen wurden um 110,9 Mio. Euro erhöht.

Ertragslage

Beiträge

Die gebuchten Beiträge der R+V Pensionskasse AG von 105,5 Mio. Euro (2010: 104,0 Mio. Euro) setzen sich zusammen aus 104,7 Mio. Euro laufenden Beiträgen und 0,8 Mio. Euro Einmalbeiträgen.

Aufwendungen für Versicherungsfälle

Die Aufwendungen für Versicherungsfälle betragen 10,7 Mio. Euro (2010: 8,3 Mio. Euro). Den größten Anteil daran hatten die Auszahlungen nach Wahl von Kapitalabfindungen mit 5,1 Mio. Euro. Die Aufwendungen für Rückkäufe beliefen sich auf 4,2 Mio. Euro, die Todesfalleistungen und die Rentenzahlungen jeweils auf 0,7 Mio. Euro.

Ergebnis aus Kapitalanlagen

Die R+V Pensionskasse AG erzielte aus ihren Kapitalanlagen (ohne fondsgebundene Versicherungen) laufende Erträge von 27,5 Mio. Euro. Abzüglich ordentlicher Aufwendungen von 0,7 Mio. Euro ergab sich ein ordentliches Ergebnis von 26,7 Mio. Euro (2010: 24,7 Mio. Euro). Die laufende Durchschnittsverzinsung gemäß Verbandsformel belief sich auf 4,0 % gegenüber 4,5 % im Vorjahr.

Die Lage auf dem Rentenmarkt wurde im vergangenen Jahr maßgeblich durch die hohe Staatsverschuldung der Euro-Krisenländer geprägt. Die Folgen hieraus waren Bonitätsherabstufungen der betroffenen Staaten und weiterer Emittenten durch die Ratingagenturen. Außerdem gingen die Aktienmärkte deutlich zurück. Unter diesen gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen waren bei den Kapitalanlagen der R+V Pensionskasse AG Abschreibungen in Höhe von 2,6 Mio. Euro erforderlich. Zinsausfälle waren nur in Höhe von weniger als 0,1 Mio. Euro zu verzeichnen. Von Kapitalausfällen war die R+V Pensionskasse AG nicht betroffen.

Aufgrund von Wertaufholungen früherer Abschreibungen wurden 0,6 Mio. Euro zugeschrieben. Durch Veräußerungen von Kapitalanlagen erzielte die R+V Pensionskasse AG Buchgewinne von 2,5 Mio. Euro. Aus den Zu- und Abschreibungen sowie den Buchgewinnen resultierte ein außerordentliches Ergebnis in Höhe von 0,4 Mio. Euro (2010: minus 2,0 Mio. Euro).

Das Nettoergebnis aus Kapitalanlagen als Summe des ordentlichen sowie des außerordentlichen Ergebnisses belief sich damit für das Geschäftsjahr 2011 auf 27,2 Mio. Euro gegenüber 22,8 Mio. Euro im Vorjahr. Die Nettoverzinsung lag mit 4,0 % leicht unter dem Vorjahreswert von 4,1 %.

Kosten

Aus dem positiven Verlauf des Neugeschäfts resultierte ein Anstieg der Abschlussaufwendungen. Sie stiegen um 11,8 % auf 6,1 Mio. Euro. Gemessen an der Beitragssumme des Neugeschäfts von 234,7 Mio. Euro ergibt sich ein Abschlusskostensatz von 2,6 %.

Die Verwaltungsaufwendungen sanken um 12,5 % auf 1,4 Mio. Euro. In Relation zur Beitragseinnahme ergibt sich wie im Vorjahr eine Verwaltungskostenquote von 1,3 %.

Rechnungsgrundlagen

Pensionskassen sind gesetzlich verpflichtet, in der Kalkulation vorsichtige Annahmen bezüglich Zins, Biometrie sowie Kosten zu treffen. Entstehende Überschüsse werden in Form der Überschussbeteiligung weitestgehend an die Versicherungsnehmer weitergegeben.

Untersuchungen – unter anderem der deutschen Aktuarvereinigung (DAV) – haben ergeben, dass die biometrischen Risikoverläufe, das heißt die Sterblichkeit und die Invalidisierungswahrscheinlichkeiten, bei Männern und Frauen unterschiedlich sind. So haben Männer beispielsweise eine niedrigere Lebenserwartung als Frauen. Die DAV veröffentlicht die Ergebnisse ihrer Untersuchungen auf ihrer Homepage im Internet in Form von sogenannten Sterbe- und Invalidisierungstafeln.

Die R+V Pensionskasse AG berücksichtigt die unterschiedlichen Risikoverläufe durch die Verwendung geeigneter, geschlechtsspezifischer Rechnungsgrundlagen.

Eine derartige Berücksichtigung geschlechtsspezifischer Rechnungsgrundlagen ist bei privaten Versicherungen zukünftig nicht mehr zulässig. Denn der Europäische Gerichtshof hat am 1. März 2011 unter Bezugnahme auf die EU-Gleichstellungsrichtlinie aus dem Jahr 2004 entschieden, für alle neuen privaten Versicherungsverträge ab dem 21. Dezember 2012 Unisex-Tarife verpflichtend zu machen. In Folge dieses Urteils hat R+V sich entschlossen, auch den überwiegenden Teil seines Tarifwerks für die betriebliche Altersversorgung entsprechend anzupassen.

Die wesentlichen Quellen des Rohüberschusses

Zins- und Kostenergebnis bildeten die wesentlichen Quellen des Rohüberschusses. Wie in den Vorjahren stellte das Zinsergebnis die größte Überschussquelle dar. Als zweitgrößte Quel-

le floss in den Rohüberschuss das Kostenergebnis ein, da die vorgesehenen Mittel zur Deckung der Kosten im Geschäftsjahr nicht in vollem Umfang benötigt wurden.

Gesamtergebnis

Im Geschäftsjahr erwirtschaftete die R+V Pensionskasse AG einen Rohüberschuss von 10,3 Mio. Euro. Davon gingen 4,2 Mio. Euro unmittelbar als Direktgutschrift an die Versicherungsnehmer. Der Rückstellung für Beitragsrückerstattung wurden 5,6 Mio. Euro zugeführt. Nach Dotierung der gesetzlichen Rücklage gemäß § 150 AktG verbleibt ein Bilanzgewinn von 0,5 Mio. Euro.

Überschussbeteiligung

Durch die Überschussbeteiligung werden die Versicherungsnehmer entstehungsgerecht und zeitnah an allen erwirtschafteten Überschüssen beteiligt.

Die Versicherungsnehmer der R+V Pensionskasse AG werden explizit an Bewertungsreserven beteiligt. Der Stand der Bewertungsreserven im Unternehmen kann unterjährig aufgrund von Änderungen am Kapitalmarkt stark schwanken. Um dem Ziel der Kontinuität bei den Auszahlungen Rechnung zu tragen, deklariert R+V die Beteiligung an den Bewertungsreserven bis zu einem bestimmten Niveau ein Jahr im Voraus. Damit ist die Beteiligung unabhängig vom tatsächlichen Stand der Bewertungsreserven bis zu einem Mindestniveau gesichert.

Die für das Versicherungsjahr 2012 deklarierten Überschussanteilsätze sind auf den Seiten 50 bis 56 aufgeführt.

Finanzlage

Die R+V Pensionskasse AG verfügte zum 31. Dezember 2011 über ein Eigenkapital von insgesamt 43,8 Mio. Euro (2010: 28,3 Mio. Euro).

Das gezeichnete Kapital betrug wie im Vorjahr 10,1 Mio. Euro.

In die Kapitalrücklage wurden im Geschäftsjahr 15,0 Mio. Euro eingezahlt. Sie stieg damit auf 31,8 Mio. Euro. Davon entfallen 1,8 Mio. Euro auf die Rücklagen gemäß § 5 Abs. 3 VAG (Organisationsfonds).

Die Gesetzliche Rücklage erhöhte sich aufgrund der Einstellung gemäß § 150 AktG auf 0,1 Mio. Euro.

Die Anderen Gewinnrücklagen der R+V Pensionskasse AG machten nach Einstellung aus dem Bilanzgewinn des Vorjahres 1,3 Mio. Euro aus (2010: 0,6 Mio. Euro).

Der Bilanzgewinn des Geschäftsjahres betrug 0,5 Mio. Euro.

Neben dem Eigenkapital verfügt die R+V Pensionskasse AG über zusätzliche Eigenmittel in Form nachrangiger Verbindlichkeiten in Höhe von 5,0 Mio. Euro. Die Verbindlichkeiten wurden von der R+V Lebensversicherung a.G. gezeichnet und sind 2016 fällig.

Das Eigenkapital der R+V Pensionskasse AG sowie die nachrangigen Verbindlichkeiten sind wesentliche Bestandteile zur Erfüllung der aufsichtsrechtlichen Solvabilitätsanforderungen, insbesondere auch im Hinblick auf die Diskussion über die künftige Eigenmittelausstattung für Einrichtungen der betrieblichen Altersversorgung.

Die R+V Pensionskasse AG konnte im Geschäftsjahr 2011 jederzeit ihre Auszahlungsverpflichtungen erfüllen. Anhaltspunkte für eine künftige Liquiditätsgefährdung sind nicht erkennbar.

Vermögenslage

Bestand an Kapitalanlagen

Das Jahr 2011 wurde an den Kapitalmärkten durch die Staatsschuldenkrise und die daraus resultierende Konjunkturabkühlung dominiert. Die Zinsen zehnjähriger deutscher Staatsanleihen fielen zeitweise auf einen neuen historischen Tiefstand von 1,7 % und erholten sich bis Jahresende nur leicht auf

1,8 %. Die Zinsdivergenz in Euroland nahm deutlich zu. Die europäischen Aktienmärkte, gemessen am Euro Stoxx 50, fielen in 2011 um 18,4 %.

Die Kapitalanlagen der R+V Pensionskasse AG erhöhten sich im Geschäftsjahr 2011 um 20,5 % beziehungsweise 124,8 Mio. Euro. Der Kapitalanlagebestand erreichte zum 31. Dezember 2011 einen Wert von 734,0 Mio. Euro. Die R+V Pensionskasse AG investierte die für die Neuanlage zur Verfügung stehenden Mittel überwiegend in Zinsträger. Dabei wurde durch Anlagen unter anderem in Staatsanleihen, Unternehmensanleihen, Pfandbriefe und Hypothekendarlehen sowie durch Anlagen in verschiedene Regionen breit diversifiziert. Zur Minimierung des Ausfallrisikos wurde bei allen Zinstiteln auf eine gute Bonität der Emittenten geachtet. Des Weiteren hat die R+V Pensionskasse AG erstmals über Beteiligungen und Fonds in Immobilien investiert. Die durchgerechnete Aktienquote zu Marktwerten belief sich zum 31. Dezember 2011 auf 2,3 % gegenüber 3,2 % im Vorjahr.

Soziale, ethische und ökologische Grundsätze werden dahingehend berücksichtigt, dass die R+V Pensionskasse AG wesentlich und bewusst nicht in Kapitalanlagen investiert, die den allgemein anerkannten Nachhaltigkeitsprinzipien widersprechen.

Die auf die gesamten Kapitalanlagen bezogene Reservequote lag zum 31. Dezember 2011 bei 3,9 % (2010: 3,0 %). Die R+V Pensionskasse AG wies zum Jahresende 2011 bei den gemäß § 341 b Abs. 2 HGB dem Anlagevermögen zugeordneten Kapitalanlagen stille Lasten in Höhe von 6,0 Mio. Euro auf.

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres sind nicht zu verzeichnen.

Risikobericht

Risikomanagementprozesse

Kern des Geschäftsmodells der R+V Pensionskasse AG ist die Übernahme und das Managen von Risiken. Dementsprechend ist das Risikomanagement der R+V Pensionskasse AG als integraler Bestandteil der Unternehmenssteuerung in die Unternehmensstrategie eingebettet.

Es umfasst alle systematischen Maßnahmen, um Risiken zu erkennen, zu bewerten und zu beherrschen. Hauptziel der Risikomanagementprozesse ist die Sicherstellung der Solidität und Sicherheit für Versicherungsnehmer und Anteilseigner sowie die langfristige Unternehmensfortführung. Darüber hinaus sollen mit Hilfe der Risikomanagementprozesse bestandsgefährdende Risiken und andere negative Entwicklungen, die sich wesentlich auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage auswirken können, frühzeitig erkannt und Gegensteuerungsmaßnahmen eingeleitet werden.

Ein über alle Gesellschaften der R+V implementierter Risikomanagementprozess legt Regeln zum Umgang mit Risiken fest und bildet die Grundlage für ein zentrales Frühwarnsystem.

Die Grundsätze des Risikomanagements basieren auf der verabschiedeten und jährlich zu aktualisierenden Risikostrategie der R+V. Diese leitet sich aus der Unternehmensstrategie unter Berücksichtigung der in der Frühjahrsklausur des Vorstandes verabschiedeten strategischen Vier-Jahres-Planung ab. Im Konzernrisikohandbuch wird die Steuerung der Risiken mit umfangreichen Darstellungen zu Methoden, Prozessen und Verantwortlichkeiten dokumentiert. Ein Grundprinzip der Risikoorganisation und der Risikoprozesse ist die Trennung von Risikoüberwachung und Risikoverantwortung. Die Funktionen der für den Aufbau von Risikopositionen Verantwortlichen sind personell und organisatorisch von der unabhängigen Risikocontrollingfunktion getrennt.

Die identifizierten Risiken werden den folgenden Risikokategorien zugeordnet: versicherungstechnisches Risiko, Markt-

risiko, Kreditrisiko, Liquiditätsrisiko, Konzentrationsrisiko, operationelles Risiko, strategisches Risiko und Reputationsrisiko.

Auf Basis verbindlich festgelegter Kennzahlen und Schwellenwerte erfolgt vierteljährlich eine aktualisierte Indexbewertung aller bedeutenden Risiken der R+V in einer Datenbank. Bei Überschreitung eines definierten Indexwertes werden Maßnahmen eingeleitet. Zusätzlich wird durch eine gezielte Abfrage bei Führungskräften und Mitarbeitern gewährleistet, dass Risiken frühzeitig erkannt werden.

Die identifizierten Risiken werden in der vierteljährlich stattfindenden Risikokonferenz abschließend bewertet. Das zentrale Risikoberichtswesen sorgt für Transparenz in der Berichterstattung. Bei Existenz gefährdenden Veränderungen von Risiken sind Meldungen an das zuständige Vorstandsmitglied und den Leiter der Risikokonferenz vorgesehen.

Die risikorelevanten Unternehmensinformationen werden den zuständigen Aufsichtsgremien im regelmäßigen Turnus zur Verfügung gestellt.

Bereits im Rahmen der Produktentwicklung werden die Auswirkungen auf das Unternehmensrisikoprofil analysiert und beurteilt. Auch bei der Planung und Durchführung von Projekten werden Risikogesichtspunkte berücksichtigt. Größere Projekte und Investitionen werden regelmäßig in der Investitions- oder Produktkommission sowie im Finanzausschuss beurteilt. Besonderes Augenmerk wird dabei auf Ergebnisse und Maßnahmen sowie auf die Budgeteinhaltung gelegt. Erforderliche Kurskorrekturen werden sofort eingeleitet.

R+V verfügt über ein ganzheitliches Business Continuity Managementsystem mit einer zentralen Koordinationsfunktion. Ein Gremium mit den verantwortlichen Krisenmanagern für IT-Technik, Gebäude und Personal unterstützt hierbei in fachlichen Themenstellungen, dient der Vernetzung der Notfallmanagement-Aktivitäten in der R+V und berichtet über wesentliche Feststellungen und über die durchgeführten

Notfallübungen an die Risikokonferenz der R+V. Durch das Business Continuity Management wird gewährleistet, dass der Geschäftsbetrieb der R+V Pensionskasse AG in einem Krisenfall aufrecht erhalten werden kann. Dafür notwendige Geschäftsprozesse sind identifiziert und im Rahmen einer Notfallplanung mit personellen Ressourcen unterlegt.

Die einmal jährlich stattfindende Risikoinventur umfasst das gesamte Risikomanagement von R+V. Gegenstand der Risikoinventur im Einzelnen ist die Überprüfung und Dokumentation sämtlicher bekannter Einzel- und Kumulrisiken sowie des Risikotragfähigkeits- und des Business Continuity Managementsystems. Dabei werden auch die verwendeten Indikatoren und Schwellenwerte überprüft.

Die Einhaltung der Regelungen des Risikomanagementsystems und deren Wirksamkeit werden durch die Konzernrevision geprüft. Zur Behebung festgestellter Defizite werden Maßnahmen verabredet und von der Konzernrevision nachgehalten.

Versicherungstechnisches Risiko

Das versicherungstechnische Risiko bezeichnet das Risiko, dass bedingt durch Zufall, Irrtum oder Änderung der tatsächliche Aufwand für Schäden und Leistungen vom erwarteten Aufwand abweicht.

Darin enthalten sind das biometrische Risiko, das Zinsgarantierisiko und das Kostenrisiko.

Die versicherungstechnische Risikosituation einer Pensionskasse ist maßgeblich geprägt durch die Langfristigkeit der Leistungsgarantien für den Versicherungsfall bei fest vereinbarten Beiträgen. Zur Sicherung der Erfüllbarkeit aller Leistungsverpflichtungen aus den Versicherungsverträgen werden Rückstellungen gebildet. Die Berechnung dieser Rückstellungen basiert auf Annahmen über die künftige Entwicklung der biometrischen Risiken (Sterblichkeit, Berufsunfähigkeit u.a.), der Kapitalerträge und der Kosten. Die Gefahr, dass sich die Rechnungsgrundlagen im Lauf der Zeit nachhaltig ohne rechtzeitige Gegensteuerung verändern, wird bei der R+V Pensions-

kasse AG durch sorgfältige Produktentwicklung und aktuarielle Controllingssysteme beherrschbar gemacht. Umfangreiche Risikoprüfungen vor Vertragsabschluss verhindern eine Konzentration schlechter Risiken im Bestand. Der Verantwortliche Aktuar wacht darüber, dass die Rechnungsgrundlagen neben der gegenwärtigen Risikolage auch einem möglichen Änderungsrisiko standhalten.

Hohe Einzelrisiken bei den Zusatzversicherungen sind bis auf einen angemessenen Selbstbehalt rückversichert.

Die R+V Pensionskasse AG verwendet für die Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen bei Pensionsversicherungen mit Versicherungsbeginn ab 2005 Tafeln, die auf der Rentensterbetafel DAV 2004 R basieren. Dies ist aufsichtsrechtlich für Neuverträge als angemessen anzusehen.

Aufgrund der zu erwartenden höheren Lebenserwartung wurde gemäß den Empfehlungen der DAV für den Bestand zum 31. Dezember 2011 für Pensionsversicherungen mit Beginn bis 2004 wie in den Vorjahren eine zusätzliche Zuführung zur Deckungsrückstellung vorgenommen. Neuere Erkenntnisse zur Sterblichkeitsentwicklung oder die von der DAV empfohlene Stärkung der Sicherheitsmargen können zu weiteren Zuführungen zur Deckungsrückstellung führen. Insgesamt kann durch diese Maßnahmen im Versicherungsbestand von einem stabilen Sicherheitsniveau ausgegangen werden.

Das Risiko, dass die zukünftigen Kapitalerträge den garantierten Zins unterschreiten, wird eingegrenzt durch den Erhalt von genügend freien Sicherungsmitteln, die auch in der derzeitigen ungünstigen Kapitalmarktsituation zur Verfügung stehen. Mit Hilfe von Stress-Tests und Szenarioanalysen im Rahmen des Asset-Liability-Managements wird der notwendige Umfang von Sicherungsmitteln zur Wahrung der Solvabilität laufend überprüft. Insbesondere werden die Auswirkungen eines lang anhaltenden niedrigen Zinsniveaus sowie volatiler Kapitalmärkte systematisch geprüft.

Im Rahmen der am 11. März 2011 verkündeten Verordnung zur Änderung der Deckungsrückstellungsverordnung wurde der Höchstrechnungszins für Neuverträge zum 1. Januar 2012 auf 1,75 % gesenkt. Darüber hinaus ermöglicht die Einführung der Zinszusatzreserve frühzeitige Vorsorge in Niedrigzinsphasen. Der für die Zinszusatzreserve maßgebliche Referenzzins beträgt zum 31. Dezember 2011 3,92 %. Da der höchste Bestandsrechnungszins der R+V Pensionskasse AG unterhalb des Referenzzinses liegt, war 2011 keine Zinszusatzreserve zu stellen.

Mit der Senkung des Rechnungszinses für das Neugeschäft und der Bildung der Zinszusatzreserve sind die wichtigsten Voraussetzungen für die Begrenzung des Zinsgarantierisikos im Lebens- und Pensionsversicherungsgeschäft geschaffen. Des Weiteren behält das Geschäftsmodell hierdurch sowohl für die Versicherungsnehmer wie auch für die Versicherungsgesellschaft seine Attraktivität.

Soweit die für 2012 deklarierte Überschussbeteiligung aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung finanziert wird, ist sie bereits festgelegt und gesichert. Die jährliche Festlegung der Überschussbeteiligung erfolgt so, dass mit der freien Rückstellung für Beitragsrückerstattung und den Bewertungsreserven in den Kapitalanlagen unter Berücksichtigung der zu erwartenden laufenden Zinserträge noch genügend freie Mittel zur Absicherung des Zinsgarantierisikos zur Verfügung stehen.

In den laufenden Beiträgen und in der Deckungsrückstellung sind ausreichend Anteile zur Deckung der Kosten für die Verwaltung der Versicherungsverträge enthalten. Auch bei einem drastischen Rückgang im Neugeschäft ist damit die Verwaltung der Versicherungsbestände gesichert.

Risiken aus Finanzinstrumenten

Bei der Bereitstellung des Versicherungsschutzes für die Kunden sehen sich Versicherungsunternehmen im Rahmen der Kapitalanlageprozesse spezifischen Markt-, Kredit-, Liquiditäts- sowie Konzentrationsrisiken ausgesetzt. Diese können zu einem dauerhaften Wertverlust der Kapitalanlagen führen und

– in letzter Konsequenz – die Erfüllbarkeit der Verpflichtungen aus Versicherungsverträgen gefährden. Insoweit haben die Risiken aus Finanzinstrumenten immer den Charakter eines Asset-Liability-Risikos. Die R+V Pensionskasse AG begegnet diesen Risiken durch Beachtung der generellen Leitlinie einer möglichst großen Sicherheit und Rentabilität bei Sicherstellung der jederzeitigen Liquidität. Durch Wahrung einer angemessenen Mischung und Streuung der Kapitalanlagen trägt die Anlagepolitik der R+V dem Ziel der Risikominimierung in besonderem Maß Rechnung.

Die Einhaltung der Anlageverordnung sowie der aufsichtsrechtlichen Anlagegrundsätze und Regelungen wird bei der R+V durch ein qualifiziertes Anlagemanagement, geeignete interne Kapitalanlagerichtlinien und Kontrollverfahren, eine perspektivische Anlagepolitik sowie sonstige organisatorische Maßnahmen sichergestellt.

R+V nimmt fortlaufend Erweiterungen und Verfeinerungen des Instrumentariums zur Risikoeinschätzung und -beurteilung bei der Neuanlage und der Beobachtung des Anlagebestandes vor, um den Veränderungen an den Kapitalmärkten zu begegnen und Risiken frühzeitig zu erkennen, zu begrenzen oder zu vermeiden.

Transaktionen mit derivativen Finanzinstrumenten, strukturierten Produkten oder Asset Backed Securities (ABS) sind in innerbetrieblichen Richtlinien explizit geregelt. Darin enthalten sind insbesondere Volumen- und Kontrahentenlimite. Durch ein umfangreiches und zeitnahes Berichtswesen werden die verschiedenen Risiken regelmäßig überwacht und transparent dargestellt.

Auf organisatorischer Ebene begegnet die R+V Pensionskasse AG Anlagerisiken durch eine strikte funktionale Trennung von Anlage, Abwicklung und Controlling.

Die folgenden Erläuterungen zu den Risikokategorien Markt-, Kredit-, Liquiditäts- und Konzentrationsrisiko beziehen sich sowohl auf Risiken aus Finanzinstrumenten als auch auf Risiken aus sonstigen Bereichen.

Marktrisiko

Das Marktrisiko bezeichnet das Risiko, das sich direkt oder indirekt aus Schwankungen in der Höhe beziehungsweise in der Volatilität der Marktpreise für die Vermögenswerte, Verbindlichkeiten und Finanzinstrumente ergibt. Das Marktrisiko schließt das Währungskurs-, Zinsänderungs- und Asset-Liability-Risiko ein.

Zur Messung möglicher Marktrisiken in den Kapitalanlagen führte die R+V Pensionskasse AG zum Stichtag 31. Dezember 2011 Szenarioanalysen unter folgenden Prämissen durch: Für direkt und über Fonds gehaltene Aktien wurde die Auswirkung eines zwanzigprozentigen Kursrückgangs auf den Zeitwert dieser Positionen simuliert.

Für festverzinsliche Wertpapiere, Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen sowie für Namensschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen wurde die Auswirkung einer Verschiebung der Zinskurve um einen Prozentpunkt nach oben oder nach unten auf den Zeitwert dieser Wertpapiere und Ausleihungen ermittelt.

Im Rahmen der Standard-Berichterstattung werden unterjährig fortlaufend Stress-Simulationen zur Darstellung der Auswirkungen adverser Kapitalmarktszenarien auf die Bestands- und Ergebnisentwicklung durchgeführt. Als Simulationsparameter werden unter anderem ein Rückgang der Aktienkurse um 35 %, eine Verschiebung der Zinskurve um 200 Basispunkte sowie ein Stress der Währungsbestände um eine jährliche Standardabweichung angesetzt.

Darüber hinaus wird für den Bestand aller zinstragenden Anlagen der R+V Pensionskasse AG regelmäßig eine Durationsanalyse durchgeführt.

Kreditrisiko

Das Kreditrisiko bezeichnet das Risiko, das sich aufgrund eines Forderungsausfalls oder aufgrund einer Veränderung der Bonität oder der Bewertung von Bonität (Credit Spread) von Wertpapieremittenten, Gegenparteien und anderen Schuldnern ergibt, gegenüber denen das Unternehmen Forderungen hat.

Die Steuerung der Kreditrisiken aus der Kapitalanlage erfolgt innerhalb des durch die Vorschriften des Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG) und der Anlagenverordnung sowie durch aufsichtsrechtliche Rundschreiben und interne Anlagerichtlinien definierten Handlungsrahmens. Grundsätzlich sind nur Investmentgrade-Titel als Anlage für das gebundene Vermögen zulässig.

Darüber hinaus handelt es sich bei einem Großteil der festverzinslichen Wertpapiere und Ausleihungen um Emissionen, die von der öffentlichen Hand, öffentlich-rechtlichen Instituten oder Banken mit hervorragendem Rating ausgegeben wurden, zum Beispiel Bundesanleihen oder Pfandbriefe.

Das maximale Kreditrisiko des Portfolios wird quartalsweise ermittelt und der festgelegten Verlustobergrenze für das Kreditrisiko gegenübergestellt. Kontrahentenrisiken werden ferner durch ein Limitsystem begrenzt. Mehr als 89 % (2010: 94 %) der Anlagen in festverzinslichen Wertpapieren wiesen ein Standard & Poor's Rating gleich oder besser als A, mehr als 66 % (2010: 73 %) eines gleich oder besser als AA auf.

Die Kapitalanlagen der R+V Pensionskasse AG wiesen im Geschäftsjahr 2011 Zinsausfälle in vernachlässigbarem Umfang auf. Kapitalausfälle waren keine zu verzeichnen.

Die R+V Pensionskasse AG hielt zum 31. Dezember 2011 mittelbar und unmittelbar Staatsanleihen Italiens, Irlands, Griechenlands und Spaniens:

MARKTWERTE	
in Mio. Euro	2011
Italien	10,0
Irland	5,0
Griechenland	0,7
Spanien	15,4

Staatsanleihen Portugals hielt die R+V Pensionskasse AG zum 31. Dezember 2011 nicht.

Die R+V geht nach derzeitigem Stand davon aus, dass die von den PIIGS-Staaten, der Europäischen Union (EU), dem Internationalen Währungsfonds (IWF) und der EZB ergriffenen Maßnahmen eine Refinanzierung der Krisenländer und Banken mit Ausnahme von Griechenland gewährleisten. Auf Anleihen der PIIGS-Staaten wurden Abschreibungen über insgesamt 0,5 Mio. Euro vorgenommen.

Die Summe aller Anlagen bei Banken zum 31. Dezember 2011 betrug bei der R+V Pensionskasse AG 309,8 Mio. Euro. Mit 55,6 % handelt es sich bei diesen Anlagen überwiegend um Titel, für die eine besondere Deckungsmasse zur Besicherung existiert. Mit 61,5 % waren diese Anlagen zudem hauptsächlich bei deutschen Banken investiert. Die verbleibenden 38,5 % entfallen überwiegend auf Institute des Europäischen Wirtschaftsraums.

Die Kreditrisiken beinhalten auch die Risiken aus dem Ausfall von Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft. Dem entsprechenden Ausfallrisiko wird durch ein effektives Forderungsmanagement begegnet. Uneinbringliche Forderungen gegenüber Versicherungsnehmern werden unmittelbar als Minderung der Beitragseinnahmen gebucht. Dem Ausfallrisiko wird durch eine angemessene Pauschalwertberichtigung Rechnung getragen, die nach den Erfahrungen aus der Vergangenheit ausreichend bemessen ist. Dies gilt ebenso für das Ausfallrisiko auf Forderungen gegenüber Versicherungsvermittlern. Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft bestehen nicht.

Liquiditätsrisiko

Das Liquiditätsrisiko bezeichnet das Risiko, dass ein Unternehmen nicht oder nur zu erhöhten Kosten in der Lage ist, seinen finanziellen Verpflichtungen bei Fälligkeit nachzukommen.

Die Liquidität der R+V wird zentral gesteuert. Für alle Gesellschaften der R+V wird im Rahmen der Mehrjahresplanung eine integrierte Simulation zur Bestands- und Erfolgsentwicklung im Kapitalanlagebereich sowie zur Entwicklung der Zahlungsströme durchgeführt.

Basis der Steuerung ist der prognostizierte Verlauf aller wesentlichen Zahlungsströme aus dem versicherungstechnischen Geschäft, den Kapitalanlagen und der allgemeinen Verwaltung. Bei der Neuanlage wird die Erfüllung der aufsichtsrechtlichen Liquiditätserfordernisse kontinuierlich geprüft.

Im Rahmen einer monatlich aktualisierten Liquiditätsberichterstattung für das laufende Jahr wird die erwartete Entwicklung der Zahlungsströme der R+V Pensionskasse AG detailliert dargestellt. Darüber hinaus wird im Cash Management ergänzend eine taggenaue Planung der Zahlungsströme vorgenommen.

Durch Stress-Simulationen wesentlicher versicherungstechnischer Parameter wird die Sicherstellung einer ausreichenden Liquidität unter krisenhaften Marktbedingungen regelmäßig überprüft. Die Ergebnisse zeigen die Fähigkeit der R+V Pensionskasse AG, die eingegangenen Verpflichtungen jederzeit zu erfüllen.

Konzentrationsrisiko

Das Konzentrationsrisiko bezeichnet das Risiko, das sich dadurch ergibt, dass das Unternehmen einzelne Risiken oder stark korrelierte Risiken eingeht, die ein bedeutendes Schaden- oder Ausfallpotenzial haben.

Das Anlageverhalten der R+V Pensionskasse AG ist darauf ausgerichtet, Risikokonzentrationen im Portfolio zu vermeiden und durch eine weitgehende Diversifikation der Anlagen eine Minimierung der Risiken zu erreichen. Hierzu trägt die Einhaltung der durch die Anlageverordnung und weiteren aufsichtsrechtlichen Bestimmungen vorgegebenen quantitativen Grenzen gemäß des Grundsatzes der angemessenen Mischung und Streuung bei. Eine Analyse der Emittentenstruktur des Bestandes ergab kein signifikantes Konzentrationsrisiko. Darüber hinaus bestehen im Rahmen der Anlagen bei Banken keine Konzentrationsrisiken bei einzelnen Kreditinstituten.

Im IT-Bereich gewährleisten umfassende physische und logische Schutzvorkehrungen die Sicherheit von Daten und Anwendungen sowie die Aufrechterhaltung des laufenden Betrie-

bes. Eine besondere Gefahr wäre der teilweise oder totale Ausfall von Datenverarbeitungssystemen. R+V hat hier Vorsorge getroffen durch zwei getrennte Rechenzentrumsstandorte mit Daten- und Systemspiegelung, besonderer Zutrittssicherung, sensiblen Brandschutzvorkehrungen und abgesicherter Stromversorgung über Notstromaggregate. Ein definiertes Wiederanlaufverfahren für den Katastrophenfall wird durch turnusmäßige Übungen auf seine Wirksamkeit überprüft. Datensicherungen erfolgen in unterschiedlichen Gebäuden der R+V mit hochabgesicherten Räumen. Darüber hinaus werden die Daten auf einen Bandroboter in einen ausgelagerten und entfernten Standort gespiegelt. Somit sind die Daten auch nach einem Totalverlust aller Rechenzentren in Wiesbaden vorhanden.

Die Telekommunikationsinfrastruktur ist sowohl intern in den Gebäuden als auch für den Zugriff zum externen Netz hochredundant ausgelegt.

Operationelles Risiko

Das operationelle Risiko bezeichnet das Risiko von Verlusten aufgrund unzulänglicher oder fehlgeschlagener interner Prozesse oder durch mitarbeiterbedingte, systembedingte oder auch externe Vorfälle. Das operationelle Risiko umfasst auch Rechtsrisiken, jedoch nicht strategische Risiken und Reputationsrisiken.

Das wesentliche Instrument der R+V zur Begrenzung der operationellen Risiken stellt das interne Kontrollsystem dar. Durch Regelungen und Kontrollen in den Fachbereichen und durch die Überprüfung der Anwendung und Wirksamkeit der internen Kontrollsysteme durch die Konzernrevision wird dem Risiko von Fehlentwicklungen und dolosen Handlungen vorgebeugt. Auszahlungen werden weitestgehend maschinell unterstützt. Im Benutzerprofil hinterlegte Vollmachten und Berechtigungsregelungen sowie maschinelle Vorlagen zur Freigabe aufgrund des hinterlegten Zufallsgenerators geben zusätzliche Sicherheit. Manuelle Auszahlungen werden grundsätzlich nach dem Vier-Augen-Prinzip freigegeben.

Das Compliance Management System der R+V besteht aus den dezentralen Komponenten Kartellverstöße, Geldwäsche/Boycottliste, Datenschutzverletzungen, Außenwirtschaftsverordnung, Insiderverstöße, Diebstähle, Erkenntnisse aus dolosen Handlungen, Verhaltensgrundsätze im Geschäftsverkehr, Vertrauensanwalt und Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz Beschwerdestelle.

In der Compliance Konferenz unter Vorsitz des Compliance Beauftragten der R+V berichten die Themenverantwortlichen über wesentliche Vorfälle innerhalb der R+V und über Maßnahmen, die getroffen wurden, um solche oder ähnliche Vorgänge künftig zu verhindern.

Den operationellen Risiken im Vertrieb begegnet R+V einerseits mit intensiven und regelmäßigen Weiterbildungsmaßnahmen für den Außendienst gemäß den Rahmenbedingungen des GDV. Andererseits werden die operationellen Risiken durch ein Bündel von analysierenden und qualitätssichernden Maßnahmen gesteuert, wozu insbesondere geeignete Annahmerichtlinien gehören.

Die Qualitätssicherung im IT-Bereich erfolgt durch etablierte Prozesse unter Verwendung von Best Practices. Alle servicerelevanten Ereignisse werden erfasst und entsprechend ihrer Klassifizierung verfolgt. In einer täglich stattfindenden Konferenz werden die aktuellen Themen behandelt und der Bearbeitung zugeordnet. In monatlich stattfindenden Konferenzen werden unter Beteiligung der IT-Bereichsleiter bei Überschreitung festgelegter Schwellenwerte in Bezug auf die Einhaltung von Service Level Agreements (zum Beispiel Systemverfügbarkeiten und -antwortzeiten) Maßnahmen ergriffen. Diese Maßnahmen umfassen zum Beispiel die Eskalation von Problemschwerpunkten, die Abstimmung und Nachverfolgung von Gegenmaßnahmen sowie die Erarbeitung und Umsetzung von Konzepten zur Störungsvermeidung.

Im November 2009 hat das Landgericht Hamburg über mehrere Klagen der Verbraucherzentrale Hamburg gegen verschiedene Versicherungsgesellschaften entschieden. Die Verfahren be-

schäftigten sich mit Klauseln in den Allgemeinen Versicherungsbedingungen zum Regelungskomplex Kündigung, Prämienfreistellung, Stornoabzug und Abschlusskostenverrechnung. Die Klagen hatten in wesentlichen Punkten Erfolg. Am 27. Juli 2010 hat das Hanseatische Oberlandesgericht diese Entscheidungen im Wesentlichen bestätigt. Zurzeit werden die Verfahren vor dem Bundesgerichtshof weitergeführt.

Die R+V Pensionskasse AG gehört nicht zu den beklagten Unternehmen und beobachtet den weiteren Fortgang der Verfahren.

Dem Risiko personeller Engpässe begegnet R+V mit gezielten Programmen im Bereich Personalmarketing.

Strategisches Risiko

Das strategische Risiko ist das Risiko, das sich aus strategischen Geschäftsentscheidungen ergibt. Zu dem strategischen Risiko zählt auch das Risiko, das sich daraus ergibt, dass Geschäftsentscheidungen nicht einem geänderten Wirtschaftsumfeld (inklusive Gesetzesänderungen und Rechtsprechung) angepasst werden.

Die Steuerung des strategischen Risikos basiert auf der vorausschauenden Beurteilung von Erfolgsfaktoren sowie auf der Ableitung von Zielgrößen für die Unternehmensbereiche der R+V. Im Rahmen des jährlichen strategischen Planungsprozesses wird die strategische Planung für die kommenden vier Jahre vorgenommen. Dem strategischen Risiko begegnet R+V durch die strategische Planung und die Aufnahme weiterer wesentlicher strategischer Themen in die jeweils im Frühjahr stattfindende Vorstandsklausur. Dazu wendet R+V die gängigen Instrumente des strategischen Controllings an, sowohl externe strategische Markt- und Konkurrenzanalysen, als auch interne Unternehmensanalysen, wie etwa Portfolio- oder SWOT-Analysen. Die Ergebnisse des strategischen Planungsprozesses in Form von verabschiedeten Zielgrößen werden im Rahmen der operativen Planung für die kommenden drei Jahre operationalisiert und jeweils im Herbst vom Vorstand verabschiedet. Die Implementierung der dort gefällten

Entscheidungen wird regelmäßig im Rahmen des Plan-Ist-Vergleiches quartalsweise nachgehalten. Des Weiteren ist die Verzahnung zwischen dem strategischen Entscheidungsprozess und dem Risikomanagement organisatorisch geregelt. Änderungen in der Geschäftsstrategie mit Auswirkungen auf das Risikoprofil der Gesellschaft finden ihren Niederschlag in der Risikostrategie.

Veränderungen in den gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Rahmenbedingungen sowie Veränderungen in Markt und Wettbewerb unterliegen einer ständigen Beobachtung, um rechtzeitig auf Chancen und Risiken reagieren zu können. Zu diesem Zweck werden beispielsweise bestimmte Veränderungen der R+V Pensionskasse AG, meist im Vergleich zum Markt, über quantifizierbare Indikatoren in der Risikodatenbank der R+V abgebildet und über das bereits erwähnte Schwellenwertsystem bewertet. Bei den Indikatoren handelt es sich um Kostenquoten, Marktanteile, Ratingergebnisse und die Überschussbeteiligung.

Ein erhebliches Risiko stellt die aktuelle Schuldenkrise dar. Aufgrund der Erfahrungen der letzten Krisenjahre kann eine Verschärfung der Krise nicht ausgeschlossen werden, zumal sie auf eine deutliche Konjunkturabkühlung trifft. Die damit verbundenen Auswirkungen auf die Kapitalmärkte, die Realwirtschaft und die Nachfrage der Bürger nach Altersvorsorgeprodukten sind nur schwer einschätzbar.

Trotz dieses Unsicherheitsfaktors sieht sich R+V aufgrund der Einbindung in die genossenschaftliche FinanzGruppe, der engen Zusammenarbeit mit den Volksbanken und Raiffeisenbanken, der breit diversifizierten Produktpalette sowie der kompetenten Vertriebsorganisation in einer guten Wettbewerbssituation.

Strategische Risiken aus Sicht der IT bestehen insbesondere bei der Abwicklung von (Groß-) Projekten zur Einführung neuer Versicherungsprodukte oder zur Erfüllung neuer oder geänderter gesetzlicher und regulatorischer Anforderungen. Auch weitreichende Plattformscheidungen werden im Rahmen von strategischen Risiken behandelt.

Reputationsrisiko

Das Reputationsrisiko ist das Risiko eines direkten oder zukünftigen Verlusts von Geschäftsvolumen, das sich aus einer möglichen Beschädigung des Rufes des Unternehmens oder der gesamten Branche infolge einer negativen Wahrnehmung in der Öffentlichkeit ergibt (zum Beispiel bei Kunden, Geschäftspartnern, Aktionären, Behörden).

Die Beibehaltung beziehungsweise die Steigerung des positiven Images der R+V in der genossenschaftlichen FinanzGruppe und in der Öffentlichkeit ist ein wesentliches Ziel der Unternehmenspolitik.

Immer wieder sind branchenweit Tendenzen zu negativen Bewertungen und Berichterstattungen zu Lebensversicherungsprodukten durch die Medien zu registrieren. Um einen Imageschaden für R+V gar nicht erst entstehen zu lassen, wird bei der Produktentwicklung und allen anderen Bestandteilen der Wertschöpfungskette auf einen hohen Qualitätsstandard geachtet. Darüber hinaus wird die Unternehmenskommunikation der R+V zentral über das Ressort Vorstandsvorsitz koordiniert, um einer falschen Darstellung von Sachverhalten wirkungsvoll und geschlossen entgegenzutreten zu können. Die Berichterstattung in den Medien über die Versicherungswirtschaft im Allgemeinen und R+V im Besonderen wird über alle Ressorts hinweg beobachtet und laufend analysiert. Zusätzlich wird die Entwicklung aussagekräftiger Indikatoren, zum Beispiel der Storno- und Beschwerdequote für die Beurteilung des Reputationsrisikos herangezogen.

Ratingergebnisse und Marktvergleiche der für die Kundenzufriedenheit maßgeblichen Parameter Service, Produktqualität und Beratungskompetenz werden im Rahmen eines kontinuierlichen Verbesserungsprozesses berücksichtigt.

Aus IT-Sicht werden insbesondere Ereignisse betrachtet, die zu einer negativen Wahrnehmung in der Öffentlichkeit führen können. Beispielhaft zu nennen sind eine Verletzung der Vertraulichkeit der Daten, mangelnde Verfügbarkeit der vom End- oder Geschäftskunden erreichbaren IT-Systeme (Portale) oder durch mangelnde Betriebssicherheit hervorgerufene Scha-

densereignisse in der IT-Technik. Die IT-Sicherheitsstrategie wird daher kontinuierlich überprüft und an die aktuelle Bedrohungslage angepasst. Ebenso wird die Gültigkeit der IT-Sicherheitsprinzipien regelmäßig geprüft.

Risikotragfähigkeit

Die Berechnung der aufsichtsrechtlichen Risikotragfähigkeit (Solvabilitätsquote) der R+V Pensionskasse AG erfolgt unter Beachtung der aktuell geltenden, branchenbezogenen Gesetzgebung und beschreibt den Grad der Überdeckung der aufsichtsrechtlich geforderten Mindest-Solvabilitätsspanne durch verfügbare Eigenmittel.

Die aufsichtsrechtliche Risikotragfähigkeit der R+V Pensionskasse AG überschreitet per 31. Dezember 2011 die geforderte Mindest-Solvabilitätsspanne. Genehmigungspflichtige Eigenmittel werden bei der Berechnung der Solvabilitätsquote nicht berücksichtigt. Auf Basis der im Rahmen der internen Planung angewendeten Kapitalmarktszenarien zeigt sich, dass die Solvabilitätsquote der R+V Pensionskasse AG auch zum 31. Dezember 2012 oberhalb der gesetzlichen Mindestanforderung liegen wird.

Die Messung der ökonomischen Risikotragfähigkeit erfolgt im R+V Konzern mittels eines internen Risikokapitalmodells. Hierbei wird der Kapitalbedarf ermittelt, der notwendig ist, um mit vorgegebener Wahrscheinlichkeit eintretende Wertschwankungen ausgleichen zu können. Neben der quartalsweisen Ermittlung des Risikokapitalbedarfs und der als Risikodeckungsmasse zur Verfügung stehenden Eigenmittel setzt R+V dieses Modell für Ad-hoc Berichterstattungen und Planungsrechnungen ein.

Solvency II

Die EU-Kommission arbeitet seit einigen Jahren intensiv an einem neuen Aufsichtsmodell für Versicherungen mit dem Arbeitstitel Solvency II.

Die Solvency II Richtlinie des Europäischen Parlamentes und des Europäischen Rates wurde am 25. November 2009 verab-

schiedet. Sie soll bis 2013 in nationales Recht umgesetzt werden. Die Anwendung der Solvency-II-Regeln auf Basis von Übergangsfristen ist nach derzeitigem Stand ab 2014 vorgesehen.

Auf Pensionsfonds und Pensionskassen findet die EU-Rahmenrichtlinie Solvency II keine Anwendung. Stattdessen sind für Einrichtungen der betrieblichen Altersversorgung eigene Regelungen durch Änderung der Pensionsfondsrichtlinie in der Diskussion. Die derzeitigen Bestimmungen (Solvency I) gelten vorerst weiter. Im Interesse der Kunden werden Verbraucherschutz erhöhende Vorschriften gleichwohl analog für Pensionsfonds und Pensionskassen übernommen, soweit dies sinnvoll und möglich ist.

Zusammenfassende Darstellung der Risikolage

Ein großer Risikofaktor für die Geschäftsentwicklung der R+V ist die Schuldenkrise im Euro-Raum. Zudem ist langfristig eine anhaltende Niedrigzinsphase ein wesentliches Risiko.

Die R+V Pensionskasse AG verfügt über geeignete Instrumente, um den identifizierten Risiken wirkungsvoll zu begegnen. Durch ausreichende Sicherungsmittel, eine hervorragende Verankerung in der genossenschaftlichen FinanzGruppe sowie kostengünstiges Wirtschaften können die genannten Risiken beherrscht und sich ergebende Chancen genutzt werden.

Die aufsichtsrechtliche Risikotragfähigkeit der R+V Pensionskasse AG überschreitet per 31. Dezember 2011 die geforderte Mindest-Solvabilitätsspanne.

R+V geht nach derzeitigem Stand davon aus, dass die von den PIIGS-Staaten, der EU, dem IWF und der EZB ergriffenen Maßnahmen, außer in Griechenland, eine Refinanzierung der Staaten und Banken gewährleistet.

Darüber hinaus sind aus heutiger Sicht keine weiteren Entwicklungen erkennbar, die die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der R+V Pensionskasse AG nachhaltig beeinträchtigen.

Prognosebericht

Gesamtwirtschaftliche Erwartung

Für 2012 rechnen Wirtschaftsexperten damit, dass sich der Aufschwung in Deutschland abschwächt. So prognostiziert der Sachverständigenrat in seinem Jahresgutachten vom November 2011 einen Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts um 0,9 %. Die bisherige Geschäftsentwicklung in der Versicherungsbranche bezeichnet der Branchenverband GDV angesichts der schwierigen Rahmenbedingungen als zufriedenstellend. Für 2012 hält er in seiner Prognose vom November 2011 bei aller bestehenden Unsicherheit eine weitere Verbesserung für die Gesamtbranche für möglich.

Entwicklung an den Kapitalmärkten

Die Entwicklung an den Kapitalmärkten wird 2012 durch die Staatsschuldenkrise in Europa bestimmt bleiben. In den Euroländern wird von einer engeren Kooperation ausgegangen. Diese wird sehr wahrscheinlich in einem Dreiklang aus mehr Reformen, mehr europäischer Fiskalpolitik und mehr Hilfe der EZB bestehen. Es wird schwer sein, die verlorene Glaubwürdigkeit bei Bürgern und Kapitalmarktteilnehmern wieder herzustellen, um so die dauerhafte private Refinanzierung von Staatsschulden zu gewährleisten.

Aufgrund der Erfahrungen der letzten Krisenjahre kann aber auch eine Verschärfung der Krise nicht ausgeschlossen werden, zumal sie auf eine deutliche Konjunkturabkühlung im ersten Halbjahr in Europa trifft. Zum Jahresende werden Zinsen und Aktienkurse auf dem Niveau zu Jahresbeginn oder leicht steigend erwartet.

R+V richtet ihre Kapitalanlagestrategie auf Sicherheit, Liquidität und Rendite aus. Dies beinhaltet auch eine explizite Risikosteuerung einzelner Emittenten und Länder, unter anderem über die Festlegung von Limiten. Dadurch sind die Portfolien breit diversifiziert aufgestellt. Staatsanleihen aller Euro-Krisenländer sind in der R+V Pensionskasse AG mit einem Portfolioanteil von etwa 4 % eher unterdurchschnittlich gewichtet und werden streng begrenzt.

Der hohe Anteil festverzinslicher und bonitätsstarker Wertpapiere im Kapitalanlagebestand sorgt dafür, dass die versicherungstechnischen Verpflichtungen jederzeit erfüllt werden können. Die Duration soll weder deutlich verlängert noch verkürzt werden. Die Chancen an den Kreditmärkten sollen unter der Voraussetzung weiterhin hoher Qualität der Titel und breiter Streuung der Kreditrisiken genutzt werden. Das Aktienengagement soll beibehalten werden, kann aber marktabhängig und bei entsprechender Risikotragfähigkeit auch wieder erhöht werden. Das Immobilienengagement wird bei Vorhandensein attraktiver Investments weiter leicht erhöht.

Diese auf Sicherheit bedachte langfristige Anlagestrategie, verbunden mit einem modernen Risikomanagement, ist auch 2012 bestimmend.

Bei Fortschreibung der Kapitalmarktsituation vom Jahresende 2011 auf den 31. Dezember 2012 unter Beibehaltung der in 2011 angewandten Methoden zur Ermittlung von dauerhaften Wertminderungen wird das Ergebnis aus Kapitalanlagen einen positiven Beitrag voraussichtlich auf Vorjahresniveau zum Jahresergebnis leisten.

R+V im Markt

Wie schon in der Vergangenheit wird R+V die sich aus der Veränderung von Rahmen- und Marktbedingungen ergebenden Chancen nutzen. Risiken, die sich aus den Änderungen entwickeln, werden erkannt und beherrschbar gemacht.

Der Bedarf für eine ergänzende Vorsorge im Rahmen der betrieblichen Altersversorgung ist weiterhin hoch. Die R+V Pensionskasse AG rechnet daher mit einer positiven Geschäftsentwicklung. Auf das Neugeschäft der R+V Pensionskasse AG wird sich zwar die Konkurrenz zu den anderen Durchführungswegen der betrieblichen Altersversorgung dämpfend auswirken, dennoch bieten sich für die R+V Pensionskasse AG weiterhin gute Marktchancen durch ihre besonders hohe Beratungskompetenz und den guten Service in Verbindung mit der bedarfsgerechten Produktpalette. Daneben ergeben sich aus dem Branchenversorgungswerk MetallRente Chancen für weiteres Wachstum der R+V Pensionskasse AG.

Im Rahmen der Änderung der Deckungsrückstellungsverordnung ist der Höchstrechnungzinssatz für Neuverträge zum 1. Januar 2012 gesenkt worden. Die Anpassung des Garantiezinseszinses schränkt die Attraktivität der Produkte nicht ein. Darüber hinaus sollen die Sicherheitsmargen in der Deckungsrückstellung erhöht werden. Mit der Einführung der sogenannten Zinszusatzreserve erhalten die Versicherer ein Instrument, um in längerfristigen Niedrigzinsphasen frühzeitig Vorsorge zu treffen und Rückstellungen zu bilden.

Fazit

Insgesamt ist davon auszugehen, dass die R+V Pensionskasse AG weiterhin erfolgreich an den sich bietenden Marktchancen teilhaben wird. Für das Geschäftsjahr 2012 ist bei der R+V Pensionskasse AG mit einem zufrieden stellenden Geschäftsergebnis zu rechnen.

Dank

Die Geschäftspartner in der genossenschaftlichen FinanzGruppe und die verbundenen Berufsstände haben auch im Jahr 2011 wieder einen großen Beitrag zum Erfolg der R+V Pensionskasse AG geleistet.

Ihnen spricht der Vorstand seinen Dank aus.

Wiesbaden, 1. März 2012

Der Vorstand

Prognosebericht

Anlage zum Lagebericht Bewegung des Bestandes an Pensionsversicherungen im Geschäftsjahr 2011

A. BEWEGUNG DES BESTANDES AN PENSIONSVERSICHERUNGEN (OHNE ZUSATZVERSICHERUNGEN)

	Anwärter	
	Männer Anzahl	Frauen Anzahl
I. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	57.173	38.833
II. Zugang während des Geschäftsjahres:		
1. Neuzugang an Anwärtern, Zugang an Rentnern	3.046	2.477
2. Sonstiger Zugang	38	12
3. Gesamter Zugang	3.084	2.489
III. Abgang während des Geschäftsjahres:		
1. Tod	89	39
2. Beginn der Altersrente	75	33
3. Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit (Invalidität)	–	–
4. Reaktivierung, Wiederheirat, Ablauf	317	166
5. Ausscheiden unter Zahlung von Rückkaufswerten, Rückgewährbeträgen und Austrittsvergütungen	526	371
6. Ausscheiden ohne Zahlung von Rückkaufswerten, Rückgewährbeträgen und Austrittsvergütungen	2	–
7. Sonstiger Abgang	115	107
8. Gesamter Abgang	1.124	716
IV. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	59.133	40.606
Davon		
1. Beitragsfreie Anwartschaften	8.134	5.720
2. In Rückdeckung gegeben	–	–

B. BESTAND AN ZUSATZVERSICHERUNGEN

	Sonstige Zusatzversicherungen	
	Anzahl der Versicherungs- verträge	Summe der Jahresrenten Euro
1. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	8.710	14.701.965
2. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	8.750	14.941.795
Davon in Rückdeckung gegeben	48	116.078

Gewinnverwendungsvorschlag

GEWINNVERWENDUNGSVORSCHLAG

Der Bilanzgewinn des Geschäftsjahres beträgt 475.000 €

Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor,
den Bilanzgewinn wie folgt zu verwenden:

Vortrag auf das neue Geschäftsjahr 475.000 €

Jahresabschluss 2011

Bilanz

zum 31. Dezember 2011*

AKTIVA			
in Euro		2011	2010
A. Immaterielle Vermögensgegenstände			
I. Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte		—,—	—,—
II. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		5.560.325,—	6.255.367,—
III. Geschäfts- oder Firmenwert		—,—	—,—
IV. Geleistete Anzahlungen		—,—	—,—
		5.560.325,—	6.255.367,—
B. Kapitalanlagen			
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken		—,—	—,—
II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen			
1. Anteile an verbundenen Unternehmen		—,—	—,—
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen		13.504.237,53	13.500.000,—
3. Beteiligungen		—,—	—,—
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		—,— 13.504.237,53	—,—
III. Sonstige Kapitalanlagen			
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		159.702.465,89	128.529.713,50
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		124.061.529,08	101.120.200,41
3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen		22.721.050,80	167.500,—
4. Sonstige Ausleihungen			
a) Namensschuldverschreibungen	210.500.000,—		183.500.000,—
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	175.554.271,76		168.264.594,08
c) Darlehen und Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine	—,—		—,—
d) Übrige Ausleihungen	840.918,17	386.895.189,93	615.664,68
5. Einlagen bei Kreditinstituten		25.000.000,—	13.500.000,—
6. Andere Kapitalanlagen		2.124.092,76	720.504.328,46
IV. Depotforderungen aus dem in Rückdeckung übernommenen Versicherungsgeschäft		—,—	—,—
		734.008.565,99	609.197.672,67
C. Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolice			
		6.719.464,36	6.480.328,59

* Bei Davon-Vermerken Vorjahreszahlen in Klammern.

Bilanz

in Euro			2011	2010
D. Forderungen				
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an:				
1. Versicherungsnehmer				
a) Fällige Ansprüche	1.004.920,85			1.011.132,54
b) Noch nicht fällige Ansprüche	6.895.636,—	7.900.556,85		5.757.819,—
2. Versicherungsvermittler				
		5.072.333,18		4.723.047,04
3. Mitglieds- und Trägerunternehmen				
		—,—	12.972.890,03	—,—
II. Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft				
			—,—	—,—
III. Eingefordertes, noch nicht gezahltes Kapital				
			—,—	—,—
IV. Sonstige Forderungen				
			1.032.200,10	4.110.932,21
Davon an:				
verbundene Unternehmen	1.030.131 €	(285.983 €)		
			14.005.090,13	15.602.930,79
E. Sonstige Vermögensgegenstände				
I. Sachanlagen und Vorräte				
			—,—	—,—
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand				
			15.135.228,47	174.010,17
III. Andere Vermögensgegenstände				
			604.852,14	258.767,63
			15.740.080,61	432.777,80
F. Rechnungsabgrenzungsposten				
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten				
			13.302.116,94	12.521.372,78
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten				
			1.219.190,32	10.127.822,95
			14.521.307,26	22.649.195,73
G. Aktive latente Steuern				
			—,—	—,—
H. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung				
			—,—	—,—
I. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag				
			—,—	—,—
Summe Aktiva			790.554.833,35	660.618.272,58

Es wird bestätigt, dass die in der Bilanz unter den Posten D. II. und E. I. der Passiva eingestellte Deckungsrückstellung unter Beachtung des § 341 f HGB sowie der aufgrund des § 65 Abs. 1 VAG erlassenen Rechtsverordnung berechnet worden ist; Altbestand im Sinne des § 11 c VAG in Verbindung mit § 118 b Abs. 5 Satz 2 VAG ist nicht vorhanden.

Wiesbaden, 31. Januar 2012

Sprenger
Verantwortlicher Aktuar

Ich bestätige hiermit entsprechend § 73 VAG, dass die im Vermögensverzeichnis aufgeführten Vermögensanlagen den gesetzlichen und aufsichtsbehördlichen Anforderungen gemäß angelegt und vorschriftsmäßig sichergestellt sind.

Wiesbaden, 28. Februar 2012

Breuer
Treuhänder

PASSIVA

in Euro			2011	2010
A. Eigenkapital				
I. Eingefordertes Kapital				
1. Gezeichnetes Kapital	10.100.000,—			10.100.000,—
2. Nicht eingeforderte ausstehende Einlagen	—,—	10.100.000,—		—,—
II. Kapitalrücklage		31.834.511,90		16.834.511,90
Davon Rücklage gemäß § 5 Abs. 5 Nr. 3 VAG:	1.834.512 €	(1.834.512 €)		
III. Gewinnrücklagen				
1. Gesetzliche Rücklage	91.250,—			66.250,—
2. Rücklage für Anteile an einem herrschenden oder mehrheitlich beteiligten Unternehmen	—,—			—,—
3. Satzungsmäßige Rücklagen	—,—			—,—
4. Andere Gewinnrücklagen	1.258.750,—	1.350.000,—		641.250,—
IV. Bilanzgewinn				
Davon Gewinnvortrag:	— €	(— €)		
			43.759.511,90	28.259.511,90
B. Genusrechtskapital				
			—,—	—,—
C. Nachrangige Verbindlichkeiten				
			5.000.000,—	5.000.000,—
D. Versicherungstechnische Rückstellungen				
I. Beitragsüberträge				
1. Bruttobetrag	8.852.959,—			8.896.184,—
2. Davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	—,—	8.852.959,—		—,—
II. Deckungsrückstellung				
1. Bruttobetrag	692.219.663,—			587.321.888,—
2. Davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	—,—	692.219.663,—		—,—
III. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
1. Bruttobetrag	789.989,85			478.940,02
2. Davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	—,—	789.989,85		—,—
IV. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung				
1. Bruttobetrag	18.000.994,89			13.878.343,41
2. Davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	—,—	18.000.994,89		—,—
V. Schwankungsrückstellung und ähnliche Rückstellungen				
			—,—	—,—
VI. Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen				
1. Bruttobetrag	—,—			—,—
2. Davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	—,—	—,—		—,—
			719.863.606,74	610.575.355,43
E. Versicherungstechnische Rückstellungen im Bereich der Lebensversicherung, soweit das Anlagerisiko von den Versicherungsnehmern getragen wird				
I. Deckungsrückstellung				
1. Bruttobetrag	6.719.464,36			6.480.328,59
2. Davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	—,—	6.719.464,36		—,—
II. Übrige versicherungstechnische Rückstellungen				
1. Bruttobetrag	—,—			—,—
2. Davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	—,—	—,—		—,—
			6.719.464,36	6.480.328,59

Bilanz

in Euro

2011

2010

F. Andere Rückstellungen

I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		—,—	—,—
II. Steuerrückstellungen		1.808.905,41	890.349,62
III. Sonstige Rückstellungen		147.833,72	120.333,37
		1.956.739,13	1.010.682,99

G. Depotverbindlichkeiten aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft

		—,—	—,—
--	--	-----	-----

H. Andere Verbindlichkeiten

I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber:			
1. Versicherungsnehmern		12.152.970,66	8.265.909,86
2. Versicherungsvermittlern		116.528,11	241.782,83
3. Mitglieds- und Trägerunternehmen		—,— 12.269.498,77	—,—
II. Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft		1.631,91	1.618,73
Davon gegenüber: verbundenen Unternehmen	1.632 €	(1.619 €)	
III. Anleihen		—,—	—,—
Davon konvertibel:	– €	(– €)	
IV. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		—,—	—,—
Davon gegenüber: verbundenen Unternehmen	– €	(– €)	
V. Sonstige Verbindlichkeiten		474.266,86	540.300,57
Davon:			
aus Steuern	– €	(– €)	
im Rahmen der sozialen Sicherheit	– €	(– €)	
gegenüber			
verbundenen Unternehmen	– €	(16.727 €)	
Beteiligungsunternehmen	– €	(– €)	
		12.745.397,54	9.049.611,99

I. Rechnungsabgrenzungsposten

		510.113,68	242.781,68
--	--	-------------------	-------------------

K. Passive latente Steuern

		—,—	—,—
--	--	-----	-----

Summe Passiva

		790.554.833,35	660.618.272,58
--	--	-----------------------	-----------------------

Gewinn- und Verlustrechnung

vom 1. Januar bis 31. Dezember 2011*

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG					
in Euro				2011	2010
I. Versicherungstechnische Rechnung					
1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung					
a)	Gebuchte Bruttobeiträge	105.510.143,33			104.014.781,65
b)	Abgegebene Rückversicherungsbeiträge	3.103,24	105.507.040,09		3.188,98
c)	Veränderung der Bruttobeitragsüberträge	43.225,—			395.993,—
d)	Veränderung des Anteils der Rückversicherer an den Bruttobeitragsüberträgen	—,—	43.225,—		—,—
				105.550.265,09	104.407.585,67
2. Beiträge aus der Brutto-Rückstellung für Beitragsrückerstattung					
				1.086.701,—	1.086.596,—
3. Erträge aus Kapitalanlagen					
a)	Erträge aus Beteiligungen			—,—	—,—
	Davon: aus verbundenen Unternehmen	— €	(— €)		
b)	Erträge aus anderen Kapitalanlagen				
	Davon: aus verbundenen Unternehmen	614.103 €	(762.115 €)		
aa)	Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	—,—			—,—
bb)	Erträge aus anderen Kapitalanlagen	27.474.381,71	27.474.381,71		24.893.124,45
c)	Erträge aus Zuschreibungen		598.753,50		249.026,90
d)	Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen		2.498.499,07		2.139.791,94
e)	Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- und Teilgewinnabführungsverträgen		—,—		—,—
				30.571.634,28	27.281.943,29
4. Nicht realisierte Gewinne aus Kapitalanlagen					
				54.490,24	849.314,75
5. Sonstige versicherungstechnische Erträge für eigene Rechnung					
				1.162.001,22	883.578,47
6. Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung					
a)	Zahlungen für Versicherungsfälle				
aa)	Bruttobetrag	10.344.551,24			8.062.998,41
bb)	Anteil der Rückversicherer	—,—	10.344.551,24		—,—
b)	Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
aa)	Bruttobetrag	311.049,83			222.442,55
bb)	Anteil der Rückversicherer	—,—	311.049,83		—,—
				10.655.601,07	8.285.440,96

* Bei Davon-Vermerken Vorjahreszahlen in Klammern.

Gewinn- und Verlustrechnung

in Euro			2011	2010
7. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen				
a) Deckungsrückstellung				
aa) Bruttobetrag	-105.136.910,77			-105.555.953,52
bb) Anteil der Rückversicherer	—,—	-105.136.910,77		—,—
b) Sonstige versicherungstechnische Netto-Rückstellungen		—,—		—,—
			-105.136.910,77	-105.555.953,52
8. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattungen für eigene Rechnung			5.574.622,51	3.862.606,09
9. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung				
a) Abschlussaufwendungen	6.086.745,38			5.444.695,88
b) Verwaltungsaufwendungen	1.351.658,43	7.438.403,81		1.545.043,34
c) Davon ab:				
Erhaltene Provisionen und Gewinnbeteiligungen aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft		1.508,76		1.607,31
			7.436.895,05	6.988.131,91
10. Aufwendungen für Kapitalanlagen				
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen		720.525,60		152.869,58
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen		2.633.841,77		4.311.044,14
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen		41.844,86		41.102,34
d) Aufwendungen aus Verlustübernahme		—,—		—,—
			3.396.212,23	4.505.016,06
11. Nicht realisierte Verluste aus Kapitalanlagen			420.956,01	4.954,45
12. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen für eigene Rechnung			2.957.688,31	2.524.610,56
13. Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung			2.846.205,88	2.782.304,63

in Euro		2011	2010
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung			
1. Sonstige Erträge		29.473,86	29.864,28
2. Sonstige Aufwendungen		1.142.455,05	1.111.846,37
3. Nichtversicherungstechnisches Ergebnis		-1.112.981,19	-1.081.982,09
4. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit		1.733.224,69	1.700.322,54
5. Außerordentliche Erträge		—,—	2.929,—
6. Außerordentliche Aufwendungen		—,—	—,—
7. Außerordentliches Ergebnis		—,—	2.929,—
8. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		1.233.224,69	1.053.251,54
Davon: Organschaftumlage	– €	(– €)	
9. Sonstige Steuern		—,—	—,—
Davon: Organschaftumlage	– €	(– €)	
		1.233.224,69	1.053.251,54
10. Erträge aus Verlustübernahme		—,—	—,—
11. Aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder eines Teilgewinnabführungsvertrages abgeführte Gewinne		—,—	—,—
		—,—	—,—
12. Jahresüberschuss		500.000,—	650.000,—
13. Gewinnvortrag / Verlustvortrag aus dem Vorjahr		—,—	—,—
14. Entnahmen aus der Kapitalrücklage		—,—	—,—
Davon: Entnahmen aus der Rücklage gemäß § 5 Abs. 5 Nr. 3 VAG:	– €	(– €)	
15. Entnahmen aus Gewinnrücklagen			
a) aus der gesetzlichen Rücklage		—,—	—,—
b) aus der Rücklage für Anteile an einem herrschenden oder mehrheitlich beteiligten Unternehmen		—,—	—,—
c) aus satzungsmäßigen Rücklagen		—,—	—,—
d) aus anderen Gewinnrücklagen		—,—	—,—
		—,—	—,—
16. Entnahmen aus Genusssrechtskapital		—,—	—,—
17. Einstellungen in Gewinnrücklagen			
a) in die gesetzliche Rücklage		25.000,—	32.500,—
b) in die Rücklage für Anteile an einem herrschenden oder mehrheitlich beteiligten Unternehmen		—,—	—,—
c) in satzungsmäßige Rücklagen		—,—	—,—
d) in andere Gewinnrücklagen		—,—	—,—
		25.000,—	32.500,—
18. Wiederauffüllung des Genusssrechtskapitals		—,—	—,—
19. Bilanzgewinn		475.000,—	617.500,—

Anhang

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Der Jahresabschluss 2011 der R+V Pensionskasse AG wurde nach den Vorschriften des HGB in Verbindung mit der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (RechVersV) aufgestellt.

Die Bewertung der **immateriellen Vermögensgegenstände** erfolgte zu Anschaffungskosten, die linear innerhalb der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer abgeschrieben werden. Von der Aktivierung selbsterstellter immaterieller Vermögensgegenstände des Anlagevermögens nach § 248 Abs. 2 HGB wurde abgesehen.

Ausleihungen an verbundene Unternehmen wurden entsprechend ihrer Zugehörigkeit wie sonstige Ausleihungen bewertet.

Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere sowie **Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere** wurden zu Anschaffungskosten, vermindert um Abschreibungen nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet, soweit sie nicht dem Anlagevermögen zugeordnet sind. Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere sowie Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, die gemäß § 341 b Abs. 2 Satz 1 HGB dem Anlagevermögen zugeordnet sind, wurden, soweit es sich um eine vorübergehende Wertminderung handelt, zum 31. Dezember 2011 mit ihrem nachhaltigen Wert angesetzt.

Für Publikumsfonds, die Aktienindizes abbilden, wurde der nachhaltige Wert auf Basis der enthaltenen Vermögenswerte ermittelt. Dabei wurde der nachhaltige Wert der Aktien durch Anwendung eines Ertragswertverfahrens unter Berücksichtigung externer Gewinnanschätzungen ermittelt. Berücksichtigt wurde ein maximaler Aufschlag von 20 % über dem Börsenkurs. Für die übrigen Fonds wurde zur Ermittlung des nachhaltigen Wertes der Marktwert herangezogen.

Dem Anlagevermögen zugeordnete Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere wurden mit ihrem Rückzahlungswert angesetzt, maximal jedoch mit dem Anschaffungswert, soweit die Bonität des Schuldners als gegeben betrachtet wurde. Wenn die Gründe für eine in der Vergangenheit getätigte Abschreibung im Umlauf- oder Anlagevermögen nicht mehr bestanden, wurden gemäß § 253 Abs. 5 Satz 1 HGB Zuschreibungen auf den Zeitwert bis maximal zum Anschaffungswert vorgenommen.

Hypotheken-, Grundschul- und Rentenschuldforderungen sowie **sonstige Ausleihungen** und **Einlagen bei Kreditinstituten** wurden mit den Anschaffungskosten angesetzt. Die Amortisation einer Differenz zwischen den Anschaffungskosten und dem Rückzahlungsbetrag erfolgte unter Anwendung der Effektivzinsmethode.

Namenschuldverschreibungen wurden mit dem Rückzahlungsbetrag angesetzt.

Andere Kapitalanlagen wurden zu Anschaffungskosten, bei voraussichtlich dauerhafter Wertminderung vermindert um Abschreibungen, bilanziert.

Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolicen wurden mit ihrem Zeitwert bilanziert.

Agio- und Disagioträge wurden durch aktive und passive Rechnungsabgrenzungsposten auf die individuelle Laufzeit der jeweiligen Anlage zeitanteilig verteilt. Hierbei handelt es sich um die Abgrenzungen auf Namensschuldverschreibungen. Aufgrund der Änderungen des § 341 c HGB wurden Agio- und Disagioträge bei Schuldscheinforderungen und Darlehen auf die jeweiligen Bestandspositionen umgebucht.

Die **Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft** wurden zum Nennwert angesetzt und um Pauschalwertberichtigungen, die anhand der Stornoquote der Vergangenheit errechnet wurden, vermindert. Bei der Berechnung der Pauschalwertberichtigung zu noch nicht fälligen Ansprüchen wurde der ermittelte Betrag für Verträge mit Beginn ab 2008 noch um Provisionsrückforderungen gekürzt. Für Verträge, für die § 169 Versicherungsvertragsgesetz (VVG) greift, fließen die Erhöhungsbeträge bei Rückkauf, der sich durch die gleichmäßige Verteilung der angesetzten Abschluss- und Vertriebskosten auf die ersten fünf Vertragsjahre ergibt, mit in den Aktivierungsbetrag ein.

Der Ansatz aller anderen **Forderungen** erfolgte mit dem Nennwert.

Aufgrund abweichender handels- und steuerrechtlicher Wertansätze bei folgenden Bilanzposten ergaben sich zum 31. Dezember 2011 **aktive latente Steuern**:

- Investmentanteile inklusive steuerliche Ausgleichsposten
- Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere
- Immaterielle Vermögensgegenstände
- Rückstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle
- Sonstige Rückstellungen

Die Bewertung der latenten Steuern erfolgte mit einem Steuersatz von 31,23 %. Die aktiven latenten Steuern wurden in Ausübung des Wahlrechts des § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB zum Bilanzstichtag nicht bilanziert.

Die **Beitragsüberträge** umfassen den Teil der im Geschäftsjahr fälligen Beitragseinnahmen, der auf künftige Berichtsperioden entfällt. Sie wurden zeitanteilig gebildet. Dabei wurden die Beitragsüberträge unter Berücksichtigung der Beginnstermine jeder einzelnen Versicherung und nach Abzug von nicht übertragungsfähigen Beitragsteilen ermittelt. Das Schreiben des Bundesministers für Finanzen vom 30. April 1974 wurde

beachtet. Für die Beteiligungsverträge wurden die anteiligen Beitragsüberträge von dem federführenden Unternehmen berechnet. Sofern die Bilanzangaben von dem Konsortialführer nicht rechtzeitig übermittelt wurden, beinhalten die Beitragsüberträge darüber hinaus einen auf aktualisierten Erfahrungswerten basierenden pauschalen Anteil für Beteiligungsverträge.

Die **Deckungsrückstellung** wurde gemäß den Grundsätzen, die der BaFin nach § 13 d Nr. 6 VAG dargelegt wurden, grundsätzlich einzelvertraglich unter Berücksichtigung der Beginnstermine sowie der gesetzlich oder vertraglich garantierten Rückkaufswerte ermittelt. Dabei kam die prospektive Methode zur Anwendung. Zur Anpassung an die sich verändernden biometrischen Rechnungsgrundlagen wird die Deckungsrückstellung für die 2002 bis 2004 abgeschlossenen Verträge gemäß dem von der DAV entwickelten Verfahren mit der Tafel DAV 2004 R-Bestand ¹⁾ gerechnet. Dabei kamen unternehmensindividuelle Storno- und Kapitalabfindungswahrscheinlichkeiten zur Anwendung, die die Verhältnisse in der betrieblichen Altersversorgung berücksichtigen. Nicht zur Kostendeckung benötigte Beitragsteile wurden berücksichtigt. Für Verträge mit Beginn ab 2005 wird die Tafel DAV 2004 R verwendet. Der Zillmersatz beträgt im Wesentlichen 25 ‰ der Beitragssumme bei Kollektivversicherungen bzw. 40 ‰ bei Einzelversicherungen. Lediglich bei Verträgen, denen eine Beitragszusage mit Mindestleistung zugrunde liegt, wurde eine Zillmerung nicht vorgenommen. Für Verträge mit Beginn vor 2004 wurde ein Rechnungszins von 3,25 % verwendet. Verträgen mit Beginn ab 2004 und vor 2007 lag ein Rechnungszins von 2,75 % zugrunde. Für Verträge mit Beginn ab 2007 wurde ein Rechnungszins von 2,25 % verwendet.

Der Deckungsrückstellung für die Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherung lag die Sterbetafel DAV 1994 T zugrunde. Die nach Berufsgruppen getrennten Invalidisierungswahrscheinlichkeiten entstammten der Tafel R+V 2000 I.

¹⁾ Interpolation zwischen DAV 2004 R-Bestand und DAV 2004 R-B20, Interpolationsschritt 7/20

In der Deckungsrückstellung wurde auch der Erhöhung auf den Mindestrückkaufwert entsprechend § 169 VVG Rechnung getragen.

Verwaltungskosten wurden in der Deckungsrückstellung implizit berücksichtigt.

Die Deckungsrückstellung im Bereich der Lebensversicherung, soweit das Anlagerisiko von den Versicherungsnehmern getragen wird, wurde für jede Versicherung einzeln retrospektiv ermittelt. Sie wurde in Anteileneinheiten geführt und zum Zeitwert passiviert.

Für die Beteiligungsverträge wurden die anteiligen Deckungsrückstellungen von dem federführenden Unternehmen berechnet.

Anteile der Rückversicherer an der Deckungsrückstellung lagen nicht vor.

Die Ermittlung der **Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle** des selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäftes erfolgte grundsätzlich individuell. Für eingetretene Versicherungsfälle, die bis zum Bilanzstichtag nicht gemeldet wurden, wurde eine pauschale Spätschadenrückstellung in Höhe des riskierten Kapitals unter Berücksichtigung von aktualisierten Erfahrungswerten gebildet.

Die Rückstellung für Regulierungsaufwendungen wurde entsprechend dem Schreiben des Bundesministers der Finanzen vom 2. Februar 1973 ermittelt.

Alle anderen **nichtversicherungstechnischen Rückstellungen** sind nach § 253 HGB mit ihrem Erfüllungsbetrag angesetzt und mit dem der Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre abgezinst, soweit die Laufzeit der Rückstellung mehr als ein Jahr beträgt. Für die Bewertung zum 31. Dezember 2011 wurde der Marktzinssatz mit Stand Oktober 2011 herangezogen.

Die **Anderen Verbindlichkeiten** wurden mit dem Erfüllungsbetrag angesetzt.

In Fremdwährung geführte laufende Guthaben bei Kreditinstituten wurden mit dem Devisenkassamittelkurs zum Bilanzstichtag bewertet.

Bei der Währungsumrechnung für die Kapitalanlagen in Fremdwährung ergaben sich die Euro-Anschaffungswerte aus Wertpapier- und Devisenkassamittelkurs zum Anschaffungszeitpunkt; der Euro-Marktwert wurde aus Wertpapier- und Devisenkassamittelkurs zum Bilanzstichtag ermittelt.

Erläuterungen zur Bilanz – Aktiva

ENTWICKLUNG DER AKTIVPOSTEN A., B. I. BIS III. IM GESCHÄFTSJAHR 2011

	Euro	Bilanzwerte Vorjahr %	Zugänge Euro
A. Immaterielle Vermögensgegenstände			
I. Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	—,—		—,—
II. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	6.255.367,—		—,—
III. Geschäfts- oder Firmenwert	—,—		—,—
IV. Geleistete Anzahlungen	—,—		—,—
Summe A.	6.255.367,—		—,—
B. Kapitalanlagen			
B. I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	—,—	—	—,—
B. II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen			
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	—,—	—	—,—
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	13.500.000,—	2,2	28.500.000,—
3. Beteiligungen	—,—	—	—,—
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	—,—	—	—,—
5. Summe B. II.	13.500.000,—	2,2	28.500.000,—
B. III. Sonstige Kapitalanlagen			
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	128.529.713,50	21,1	48.581.526,33
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	101.120.200,41	16,6	53.153.377,—
3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	167.500,—	—	22.800.096,29
4. Sonstige Ausleihungen			
a) Namensschuldverschreibungen	183.500.000,—	30,2	29.000.000,—
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	168.264.594,08	27,6	4.920.774,61
c) Darlehen und Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine	—,—	—	—,—
d) Übrige Ausleihungen	615.664,68	0,1	225.253,49
5. Einlagen bei Kreditinstituten	13.500.000,—	2,2	11.500.000,—
6. Andere Kapitalanlagen	—,—	—	2.546.667,53
7. Summe B. III.	595.697.672,67	97,8	172.727.695,25
Summe B.	609.197.672,67	100,0	201.227.695,25
Umstellung nach § 341 c HGB			
Aktiver Rechnungsabgrenzungsposten	8.739.871,35		—,—
Passiver Rechnungsabgrenzungsposten	–95.548,72		—,—
Summe	8.644.322,63		—,—
Insgesamt	624.097.362,30		201.227.695,25

Anhang

Umbuchungen Euro	Abgänge Euro	Zuschreibungen Euro	Abschreibungen Euro	Bilanzwerte Euro	Geschäftsjahr %
—,—	—,—	—,—	—,—	—,—	
—,—	—,—	—,—	695.042,—	5.560.325,—	
—,—	—,—	—,—	—,—	—,—	
—,—	—,—	—,—	—,—	—,—	
—,—	—,—	—,—	695.042,—	5.560.325,—	
—,—	—,—	—,—	—,—	—,—	—
—,—	—,—	—,—	—,—	—,—	—
7.644,27	28.503.406,74	—,—	—,—	13.504.237,53	1,8
—,—	—,—	—,—	—,—	—,—	—
—,—	—,—	—,—	—,—	—,—	—
7.644,27	28.503.406,74	—,—	—,—	13.504.237,53	1,8
—,—	15.836.642,14	38.174,14	1.610.305,94	159.702.465,89	21,8
—,—	29.749.091,86	560.579,36	1.023.535,83	124.061.529,08	16,9
—,—	246.545,49	—,—	—,—	22.721.050,80	3,1
—,—	2.000.000,—	—,—	—,—	210.500.000,—	28,7
8.636.678,36	6.267.775,29	—,—	—,—	175.554.271,76	23,9
—,—	—,—	—,—	—,—	—,—	—
—,—	—,—	—,—	—,—	840.918,17	0,1
—,—	—,—	—,—	—,—	25.000.000,—	3,4
—,—	422.574,77	—,—	—,—	2.124.092,76	0,3
8.636.678,36	54.522.629,55	598.753,50	2.633.841,77	720.504.328,46	98,2
8.644.322,63	83.026.036,29	598.753,50	2.633.841,77	734.008.565,99	100,0
-8.739.871,35	—,—	—,—	—,—	—,—	
95.548,72	—,—	—,—	—,—	—,—	
-8.644.322,63	—,—	—,—	—,—	—,—	
—,—	83.026.036,29	598.753,50	3.328.883,77	739.568.890,99	

B. KAPITALANLAGEN			
in Mio. Euro	2011		
	Buchwert	Zeitwert	Reserve
II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen			
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	13,7	14,8	1,1
III. Sonstige Kapitalanlagen			
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	159,7	159,1	-0,6
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	124,1	122,5	-1,6
3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	22,7	26,4	3,7
4. Sonstige Ausleihungen			
a) Namensschuldverschreibungen	211,1	223,4	12,3
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	175,5	189,6	14,1
d) Übrige Ausleihungen	0,8	0,8	-
5. Einlagen bei Kreditinstituten	25,0	25,0	-
6. Andere Kapitalanlagen	2,1	2,1	-
	734,7	763,7	29,0

In den Buchwerten wurden zum Nennwert bilanzierte Namensschuldverschreibungen, um Agio und Disagio saldiert (plus 0,7 Mio. Euro), berücksichtigt.

Für die Ermittlung der Zeitwerte wurden in der Regel Börsenkurse und Rücknahmepreise respektive Marktpreise, die für Namenspapiere nach der Discounted Cash Flow Methode ermittelt wurden, oder der Net Asset Value zugrunde gelegt.

Soweit darüber hinaus andere Wertansätze verwendet worden sind, entsprechen diese den Bestimmungen des § 56 RechVersV.

Gemäß § 341 b Abs. 2 HGB wurden 212,8 Mio. Euro Kapitalanlagen dem Anlagevermögen zugeordnet. Dieses beinhaltet auf Basis der Kurse zum 31. Dezember 2011 positive Bewertungsreserven von 0,9 Mio. Euro und negative Bewertungsreserven von 6,0 Mio. Euro. Die Bewertungsreserven der gesamten Kapitalanlagen belaufen sich auf 29,0 Mio. Euro, was einer Reservequote von 3,9 % entspricht.

IN DIE ÜBERSCHUSSBETEILIGUNG EINZUBEZIEHENDE KAPITALANLAGEN	
in Mio. Euro	2011
Zu Anschaffungskosten	734,7
Zu beizulegenden Zeitwerten	763,7
Saldo	29,0

B. KAPITALANLAGEN – ANGABEN ZU FINANZINSTRUMENTEN, DIE ÜBER IHREM BEIZULEGENDEN ZEITWERT AUSGEWIESEN WERDEN

in Euro			2011
Art	Nominalvolumen	Buchwert	Zeitwert
Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere ¹⁾	–	4.995.430	4.162.858
Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere ²⁾	38.500.000	35.337.030	30.193.491
Sonstige Ausleihungen ³⁾	34.000.000	33.859.998	29.333.767
Beteiligungen und andere Kapitalanlagen ⁴⁾	–	2.124.093	2.120.389

¹⁾ Aufgrund der gegebenen Bonität der Emittenten und der erwarteten Gewinne der Gesellschaften sind die Wertminderungen nicht dauerhaft, sondern durch Marktpreisänderungen bedingt.

²⁾ Aufgrund der gegebenen Bonität der Emittenten sind die Wertminderungen nicht dauerhaft, sondern durch Marktpreisänderungen bedingt.

³⁾ Der niedrigere Zeitwert bezieht sich auf Schuldscheindarlehen, bei denen aufgrund ihrer Bonität von einer vorübergehenden Wertminderung ausgegangen wird.

⁴⁾ Aufgrund der zu erwartenden Gewinne der Gesellschaften sind die Wertminderungen nicht dauerhaft, sondern durch Marktpreisänderungen bedingt.

B. KAPITALANLAGEN – ANGABEN ZU DERIVATIVEN FINANZINSTRUMENTEN

in Euro			2011
Art	Nominalvolumen	Buchwert	Zeitwert
Forward-Hypothekendarlehen ¹⁾	6.975.850	–	770.860
Vorkäufe/Termingeschäfte Inhaberschuldverschreibungen ²⁾	5.000.000	20.780	82.956

¹⁾ Ermittelter Zeitwert wird auf Wertstellungstag berechnet: Bewertungsparameter Swap- und Geldmarktkurve

²⁾ Börsenwert wird auf Wertstellungstag berechnet: Bewertungsparameter Swap- und Geldmarktkurve. Der Ausweis erfolgt bei den Passiva unter Posten F. III.

Finanzderivate und Strukturierte Produkte wurden in ihre einzelnen Bestandteile zerlegt. Die derivativen Bestandteile wurden mittels anerkannter finanzmathematischer Methoden auf Basis der Modelle von Black 76 und Ein-Faktor Hull-White

bewertet. Die Marktwertermittlung der ABS-Produkte wurde nach der Discounted Cash Flow Methode ermittelt; dabei wurden am Markt beobachtbare Werte herangezogen.

B. III. SONSTIGE KAPITALANLAGEN – INVESTMENTANTEILE

in Euro				2011
Fondsart	Marktwert	Differenz Marktwert/ Buchwert	Ausschüttung für das Geschäftsjahr	Unterlassene außerplanmäßige Abschreibungen
Mischfonds	119.562.779	–	3.357.349	–
	119.562.779	–	3.357.349	–

Die Mischfonds sind überwiegend europäisch beziehungsweise international ausgerichtet und schwerpunktmäßig in Wertpa-

piere investiert. Der Anlagegrundsatz des § 54 Abs. 1 VAG zur Sicherheit wird stets beachtet.

C. KAPITALANLAGEN FÜR RECHNUNG UND RISIKO VON INHABERN VON LEBENSVERSICHERUNGSPOLICEN

in Euro		2011
	Anteileinheiten	
DEVIF Fonds Nr. 301 R+V Kurs	57.777	228.217,95
DEVIF Fonds Nr. 300 R+V Zins	6.461	33.401,35
UniStrategie: Offensiv	169	4.416,22
DIT-Allianz Geldmarktfonds	9.047	447.902,76
DIT-Allianz EURO Rentenfonds	30.520	1.583.974,71
MetallRente Fonds Portfolio	76.736	4.421.551,37
		6.719.464,36

E. III. ANDERE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE

in Euro	2011
Vorausgezahlte Versicherungsleistungen	601.336,34
Übrige Vermögensgegenstände	3.515,80
	604.852,14

F. II. SONSTIGE RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN

in Euro	2011
Agio aus Namensschuldverschreibungen	1.219.190,32
	1.219.190,32

Erläuterungen zur Bilanz – Passiva

A. I. 1. GEZEICHNETES KAPITAL

in Euro	2011
Das Grundkapital ist in 404.000 nennwertlose Stückaktien (vinkulierte Namensaktien) eingeteilt.	
Stand am 31. Dezember	10.100.000,—

Die R+V Lebensversicherung AG, Wiesbaden, hat mit Schreiben vom 26. Mai 2011 gemäß § 20 Abs. 5 AktG mitgeteilt, dass ihre bislang gehaltene Mehrheitsbeteiligung an der R+V Pensionskasse AG nicht mehr besteht.

Die R+V Versicherung AG, Wiesbaden, und die DZ BANK AG Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank, Frankfurt am Main, haben gemäß § 20 Abs. 4 AktG ihre mittelbaren Mehrheitsbeteiligungen mitgeteilt.

Die R+V Personen Holding GmbH, Wiesbaden, hat mit Schreiben vom 26. Mai 2011 gemäß § 20 Abs. 4 AktG mitgeteilt, dass ihr eine Mehrheitsbeteiligung an der R+V Pensionskasse AG gehört.

A. II. KAPITALRÜCKLAGE

in Euro	2011
Vortrag zum 1. Januar	16.834.511,90
Einzahlung am 29. Dezember	15.000.000,—
Stand am 31. Dezember	31.834.511,90

A. III. 1. GESETZLICHE RÜCKLAGE

in Euro	2011
Vortrag zum 1. Januar	66.250,—
Einstellung aus dem Jahresüberschuss 2011	25.000,—
Stand am 31. Dezember	91.250,—

A. III. 4. ANDERE GEWINNRÜCKLAGEN

in Euro	2011
Vortrag zum 1. Januar	641.250,—
Einstellung aus dem Bilanzgewinn 2010 gemäß Beschluss der Hauptversammlung vom 25. Mai 2011	617.500,—
Stand am 31. Dezember	1.258.750,—

C. NACHRANGIGE VERBINDLICHKEITEN

in Euro	2011
Stand am 31. Dezember	5.000.000,—

D. IV. RÜCKSTELLUNG FÜR ERFOLGSABHÄNGIGE UND ERFOLGSUNABHÄNGIGE BEITRAGSRÜCKERSTATTUNG

in Euro	2011
Vortrag zum 1. Januar	13.878.343,41
Entnahmen:	
Zahlungen und Gutschriften an Versicherungsnehmer	240.944,55
Beiträge zur Erhöhung der Versicherungssumme	1.070.443,—
Überführung gutgeschriebener Überschussanteile in das Bonussystem	16.258,—
Beteiligung an Bewertungsreserven	140.583,48
	1.468.229,03
Zuweisungen:	
aus dem Überschuss des Geschäftsjahres	5.574.622,51
aus gutgeschriebenen Überschussanteilen	16.258,—
	5.590.880,51
Stand am 31. Dezember	18.000.994,89
Davon entfallen auf:	
a) bereits festgelegte, aber noch nicht zugeteilte laufende Überschussanteile	966.730,—
b) bereits festgelegte, aber noch nicht zugeteilte Schlussüberschussanteile und Schlusszahlungen	15.060,—
c) bereits festgelegte, aber noch nicht zugeteilte Beträge für die Mindestbeteiligung an Bewertungsreserven	60.253,—
d) bereits festgelegte, aber noch nicht zugeteilte Beträge zur Beteiligung an Bewertungsreserven, jedoch ohne Beträge nach Buchstabe c)	5.625,—
e) den Teil des Schlussüberschussanteilfonds, der für die Finanzierung von Schlussüberschussanteilen und Schlusszahlungen zurückgestellt wird, jedoch ohne Beträge nach Buchstabe b)	3.295.080,—
f) den Teil des Schlussüberschussanteilfonds, der für die Finanzierung der Mindestbeteiligung an Bewertungsreserven zurückgestellt wird, jedoch ohne Beträge nach Buchstabe c)	10.083.402,—
g) den ungebundenen Teil	3.574.844,89

Der Schlussüberschussanteilfonds wurde auf Basis des zum regulären Fälligkeitszeitpunkt vorgesehenen nicht garantierten Schlussüberschussanteils sowie der Mindestbeteiligung an den Bewertungsreserven für jede Versicherung prospektiv unter Beachtung der für 2012 zuletzt deklarierten Sätze berechnet.

Der Diskontierungssatz der wesentlichen Versicherungsbestände liegt unter Berücksichtigung der Sterbe- und Stornowahrscheinlichkeiten bei 6,5 %.

Im Schlussüberschussanteilfonds ist der Anteil enthalten, der dem Verhältnis der abgelaufenen Versicherungsdauer zu der gesamten Versicherungsdauer oder der gesamten Aufschubzeit für Rentenversicherungen entspricht.

F. III. SONSTIGE RÜCKSTELLUNGEN

in Euro	2011
Provisionen	39.770,72
Jahresabschluss	24.283,—
Betriebskosten	13.000,—
Kapitalanlagebereich	70.780,—
	147.833,72

H. I. 1. VERBINDLICHKEITEN AUS DEM SELBST ABGESCHLOSSENEN VERSICHERUNGSGESCHÄFT GEGENÜBER VERSICHERUNGSNEHMERN

in Euro	2011
Gutgeschriebene Überschussanteile	10.466.334,86
Im Voraus empfangene Beiträge	1.686.635,80
	12.152.970,66

I. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN

in Euro	2011
Disagio aus Namensschuldverschreibungen	510.113,68
	510.113,68

SONSTIGE BEMERKUNGEN

Verbindlichkeiten, die durch Pfandrechte oder ähnliche Rechte gesichert sind, bestehen nicht.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

I. 1. A) GEBUCHTE BRUTTOBEITRÄGE		
in Euro	2011	2010
Beiträge nach Vertragsart		
Einzelversicherungen	19.891.520,98	20.083.374,17
Kollektivversicherungen	85.618.622,35	83.931.407,48
	105.510.143,33	104.014.781,65
Beiträge nach Zahlungsweise		
Laufende Beiträge	104.667.066,75	103.311.573,80
Einmalbeiträge	843.076,58	703.207,85
	105.510.143,33	104.014.781,65
Beiträge nach Haupt- und Zusatzversicherungen		
Pensionsversicherungen	104.565.177,49	103.086.432,98
Zusatzversicherungen	944.965,84	928.348,67
	105.510.143,33	104.014.781,65
Beiträge nach Gewinnbeteiligung		
Beiträge mit Gewinnbeteiligung	105.510.143,33	104.014.781,65
Beiträge ohne Gewinnbeteiligung	—,—	—,—
	105.510.143,33	104.014.781,65

RÜCKVERSICHERUNGSSALDO		
in Euro	2011	2010
Verdiente Beiträge	3.103,24	3.188,98
Aufwendungen für Versicherungsfälle	—,—	—,—
Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb	1.508,76	1.607,31
Veränderung der Deckungsrückstellung	—,—	—,—
Saldo zu Gunsten des Rückversicherers	1.594,48	1.581,67

I. 6. AUFWENDUNGEN FÜR VERSICHERUNGSFÄLLE FÜR EIGENE RECHNUNG		
in Euro	2011	2010
Vorzeitige Versicherungsfälle	653.957,76	1.136.298,98
Abläufe	5.147.688,21	3.142.642,22
Rentenzahlungen	676.400,71	155.481,89
Rückkäufe	4.177.554,38	3.851.017,87
	10.655.601,06	8.285.440,96

I. 10. AUFWENDUNGEN FÜR KAPITALANLAGEN

in Euro	2011	2010
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen		
Abschreibungen nach § 253 Abs. 3 Satz 3 HGB	2.139.175,94	2.500.138,14
Abschreibungen nach § 253 Abs. 4 HGB	494.665,83	1.810.906,—
	2.633.841,77	4.311.044,14

II. 1. SONSTIGE ERTRÄGE

in Euro	2011	2010
Zinserträge	22.536,43	8.478,81
Währungskursgewinne	14,23	11.285,88
Auflösung von anderen Rückstellungen	4.609,36	2.756,78
Übrige Erträge	2.313,84	7.342,81
	29.473,86	29.864,28

II. 2. SONSTIGE AUFWENDUNGEN

in Euro	2011	2010
Abschreibungen	—,—	500,—
Zinsaufwendungen	251.345,31	252.709,33
Aufwendungen, die das Unternehmen als Ganzes betreffen	880.838,34	851.754,95
Übrige Aufwendungen	10.271,40	6.882,09
	1.142.455,05	1.111.846,37

II. 7. AUSSERORDENTLICHES ERGEBNIS

in Euro	2011	2010
Erträge aus der Umbewertung von Rückstellungen gemäß BilMoG	—,—	2.929,—
	—,—	2.929,—

Sonstige Angaben

Überschussbeteiligung der Versicherungsnehmer

I. Entstehung der Überschüsse

Pensionsversicherungsverträge werden in der Regel langfristig abgeschlossen und haben über die gesamte Vertragslaufzeit garantierte Beiträge. Um die vertraglich zugesagten Leistungen auf Dauer gewährleisten zu können, müssen Pensionskassen genauso wie Lebensversicherungsunternehmen ihre Beiträge unter vorsichtigen Annahmen kalkulieren. Wirtschaftliches Handeln, über dem Rechnungszins liegende Kapitalerträge und ein günstiger Risikoverlauf führen dann zu Überschüssen, die an die Versicherungsnehmer in Form der Überschussbeteiligung entstehungsgerecht und zeitnah weitergegeben werden.

II. Beteiligung an Bewertungsreserven

Bewertungsreserven entstehen, wenn der Marktwert der Kapitalanlagen über dem Wert liegt, mit dem die Kapitalanlagen in der Bilanz ausgewiesen sind. Die Bewertungsreserven sorgen für Sicherheit und dienen dazu, kurzfristige Ausschläge an den Kapitalmärkten auszugleichen. Die vorhandenen Reservepuffer geben der Gesellschaft Spielräume, um beispielsweise Engagements an den durch höhere Chancen aber auch Risiken gekennzeichneten Aktienmärkten vorzunehmen.

Bei Rentenübergang werden Pensionsversicherungsverträge nach dem Versicherungsvertragsgesetz verursachungsorientiert an der Hälfte der Bewertungsreserven beteiligt.

III. Ermittlung und Verteilung der Überschüsse und Bewertungsreserven

Jede einzelne überschussberechtigte Versicherung erhält Anteile an den oben genannten Überschüssen, die entsprechend der getroffenen Vereinbarung verwendet werden. Die Höhe dieser Anteilsätze wird vom Vorstand unter Beachtung der maßgebenden aufsichtsrechtlichen Bestimmungen und des Vorschlags des Verantwortlichen Aktuars jährlich festgelegt und im Geschäftsbericht veröffentlicht.

Die Bewertungsreserven werden in der Regel monatlich neu ermittelt. Der Vorstand legt unter Berücksichtigung des Vorschlags des Verantwortlichen Aktuars eine Mindestbeteiligung an Bewertungsreserven ein Jahr im Voraus fest. Falls die einzelvertragliche Beteiligung an den Bewertungsreserven zum Zuteilungszeitpunkt niedriger als die deklarierte Mindestbeteiligung ist, wird diese entsprechend um den Differenzbetrag bis zur Mindestbeteiligung erhöht. Dieses Vorgehen sichert die Beteiligung an den Bewertungsreserven unabhängig von kurzfristigen, unterjährigen Schwankungen am Kapitalmarkt bis zu einem bestimmten Niveau. Über die Anforderungen aus dem VVG hinaus wird somit auch dem Ziel der Kontinuität Rechnung getragen.

Die Systematik, nach der die Überschüsse den Versicherungsverträgen zugeteilt werden, ist in den Versicherungsbedingungen festgelegt. Abhängig von der Vertragsgestaltung kommen unterschiedliche Überschussbeteiligungssysteme zur Anwendung. Hierdurch wird sichergestellt, dass die einzelnen Verträge verursachungsorientiert in dem Maße an den Überschüssen beteiligt werden, wie sie zu deren Entstehung beigetragen haben.

Bei den bis Ende 2004 abgeschlossenen Pensionsversicherungen ist aufgrund des festzustellenden Trends zu einer höheren Lebenserwartung gegenüber der Kalkulation von einer längeren Rentenbezugszeit auszugehen. Mit einer Anpassung der Deckungsrückstellung für diese Versicherungen stellen wir sicher, dass wir unseren Verpflichtungen auch dann nachkommen können, wenn in Zukunft die jetzt anzunehmende Entwicklung eintritt. Die Anpassung der Deckungsrückstellung vermindert die Höhe der zur Rückerstattung vorgesehenen Überschussanteile.

IV. Überschussbeteiligung im Geschäftsjahr 2012

Für das in 2012 beginnende Versicherungsjahr hat der Vorstand die unten aufgeführten Überschussanteilsätze festgelegt.

Sonstige Angaben

A. Pensionsversicherungen

1. LAUFENDE ÜBERSCHUSSBETEILIGUNG

Überschussverband	Aufschubzeit		Rentenbezug
	in % des überschussberechtigten Deckungskapitals ¹⁾	in % der im vergangenen VJ in den Vertrag geflossenen Beiträge ohne Ratenzuschläge ²⁾	in % des überschussberechtigten Deckungskapitals ³⁾
02PK	0,25	–	0,35
02PKV	0,00	3,00	0,35
04PK, 04PKI	0,95	–	0,95
04PKV	0,05	3,00	0,95
04PKIV	0,05	5,00	0,95
05PK, 05PKI	0,95 ⁴⁾	–	1,45
05PKV, 05PKZ	0,05	3,00	1,45
05PKIV	0,05	5,00	1,45
07PK, 07PKI	1,50 ⁵⁾	–	1,90
07PKV	0,60	3,00	1,90
07PKZ	1,50	–	1,90
07PKIV	0,60	5,00	1,90
12PK, 12PKI	2,00 ⁶⁾	–	2,40
12PKV	1,10	3,00	2,40
12PKIV	1,10	5,00	2,40

¹⁾ 02PK, 04PK, 04PKI, 05PK, 05PKI, 07PK, 07PKI, 07PKZ, 12PK, 12PKI: frühestens zu Beginn des zweiten Versicherungsjahres, 02PKV, 04PKV, 05PKV, 05PKZ, 04PKIV, 05PKIV, 07PKV, 07PKIV, 12PKV, 12PKIV: erstmals zu Beginn des vierten Versicherungsjahres.

²⁾ Erstmals zu Beginn des zweiten Versicherungsjahres.

³⁾ Erstmals zu Beginn der Rentenbezugszeit.

⁴⁾ Bei Wahl des Überschussverwendungssystems „Bonus“: 1,05 % des überschussberechtigten Deckungskapitals des Bonus.

Bei Wahl des Überschussverwendungssystems „Bonus mit Todesfallleistung“: 0,90 % des überschussberechtigten Deckungskapitals des Bonus.

⁵⁾ Bei Wahl des Überschussverwendungssystems „Bonus“: 1,55 % des überschussberechtigten Deckungskapitals des Bonus.

Bei Wahl des Überschussverwendungssystems „Bonus mit Todesfallleistung“: 1,40 % des überschussberechtigten Deckungskapitals des Bonus.

⁶⁾ Bei Wahl des Überschussverwendungssystems „Bonus“: 2,05 % des überschussberechtigten Deckungskapitals des Bonus.

Bei Wahl des Überschussverwendungssystems „Bonus mit Todesfallleistung“: 1,90 % des überschussberechtigten Deckungskapitals des Bonus.

Überschussverband					Aufschubzeit	Rentenbezug
	in % des überschussberechtigten Risikobeitrags ^{1,3)}		in % des überschussberechtigten Risikobeitrags ^{2,4)}		in % des überschussberechtigten Deckungskapitals ⁴⁾	in % des überschussberechtigten Deckungskapitals ⁵⁾
	Männer	Frauen	Männer	Frauen		
05PKH, 05PKIH	60	50	30	30	0,95 ⁶⁾	1,45
05PKO, 05PKIO	–	–	30	30	0,95 ⁷⁾	1,45
07PKH, 07PKIH	60	50	30	30	1,50 ⁸⁾	1,90
07PKO, 07PKIO	–	–	30	30	1,50 ⁸⁾	1,90
12PKH, 12PKIH	60	50	30	30	2,00 ⁹⁾	2,40
12PKO, 12PKIO	–	–	30	30	2,00 ⁹⁾	2,40

¹⁾ Risikobeitrag für die Absicherung der Hinterbliebenenanwartschaft in der Aufschubzeit.

²⁾ Risikobeitrag für die Rente und ggf. für die Absicherung der Hinterbliebenenanwartschaft im Rentenbezug.

³⁾ Ab dem zweiten Versicherungsjahr.

⁴⁾ Frühestens zu Beginn des zweiten Versicherungsjahres.

⁵⁾ Erstmals zu Beginn der Rentenbezugszeit; eine eventuell mitversicherte Hinterbliebenenrente in der Anwartschaft erhält denselben Satz.

⁶⁾ Bei Wahl des Überschussverwendungssystems „Bonus“: 0,90 % des überschussberechtigten Deckungskapitals des Bonus.

⁷⁾ Bei Wahl des Überschussverwendungssystems „Bonus“: 1,05 % des überschussberechtigten Deckungskapitals des Bonus.

⁸⁾ Bei Wahl des Überschussverwendungssystems „Bonus“: 1,40 % des überschussberechtigten Deckungskapitals des Bonus.

⁹⁾ Bei Wahl des Überschussverwendungssystems „Bonus“: 1,90 % des überschussberechtigten Deckungskapitals des Bonus.

2. Schlussüberschussbeteiligung

Versicherungen, deren Aufschubzeit ab dem Versicherungsjahrestag 2012 und vor dem Versicherungsjahrestag 2013 endet, erhalten eine Schlussüberschussbeteiligung.

Die Höhe der Schlussüberschussbeteiligung ergibt sich aus den aufgeführten %-Sätzen des maßgeblichen Deckungskapitals (aktuelles Deckungskapital am Ende der Aufschubzeit) der Jahre, in denen die Versicherung beitragspflichtig bestand.

Die Schlussüberschüsse werden auch für beitragsfreie Versicherungsjahre nach Ablauf einer vertraglich vereinbarten abgekürzten Beitragszahlungsdauer gewährt.

Bei Rückkauf oder im vorzeitigen Versicherungsfall werden die Schlussüberschüsse nach einer Wartezeit gemäß den beschlossenen Festlegungen anteilig gewährt.

Überschussverband

Schlussüberschussbeteiligung

	in % des maßgeblichen Deckungskapitals für das im Geschäftsjahr beginnende Versicherungsjahr ab dem 5. Versicherungsjahr						
	2011-2012	2010	2007-2009	2006	2005 ²⁾	2005 ³⁾	2002-2004
02PK	0,490	0,654	0,900	0,900	0,900	1,300	1,300
02PKV	0,448	0,596	0,820	0,820	1,400	1,800	1,800
04PK, 04PKI	0,518	0,690	0,950	0,950	0,950	1,380	1,380
04PKV	0,802	1,070	1,470	1,470	1,470	1,880	1,880
04PKIV	0,694	0,924	1,270	1,270	1,270	1,660	1,660
05PK, 05PKH, 05PKI, 05PKIH, 05PKO ¹⁾ , 05PKIO ¹⁾	0,518	0,690	0,950	0,950	0,950	1,380	
05PKV, 05PKZ	0,802	1,070	1,470	1,470	1,470	1,880	
05PKIV	0,694	0,924	1,270	1,270	1,270	1,660	
07PK, 07PKI, 07PKO ¹⁾ , 07PKIO ¹⁾ , 07PKH, 07PKIH, 07PKZ	0,600	0,800	1,100				
07PKV	0,884	1,178	1,620				
07PKIV	0,774	1,032	1,420				
12PK, 12PKI, 12PKO ¹⁾ , 12PKIO ¹⁾ , 12PKH, 12PKIH	0,660						
12PKV	0,970						
12PKIV	0,850						

¹⁾ Für diese Tarife wird der Leistungsfaktor LF2 für die Schlussüberschussbeteiligung bei Tod auf Null gesetzt.

²⁾ Für Versicherungen, die ihren Jahrestag im April bis Dezember haben.

³⁾ Für Versicherungen, die ihren Jahrestag im Januar bis März haben.

3. Mindestbeteiligung an Bewertungsreserven

Für Versicherungen, deren Aufschubzeit ab dem Versicherungsjahrestag 2012 und vor dem Versicherungsjahrestag 2013 endet, wird eine Mindestbeteiligung an den Bewertungsreserven festgelegt.

Die Höhe der Mindestbeteiligung ergibt sich aus den aufgeführten %-Sätzen des maßgeblichen Deckungskapitals (aktuelles Deckungskapital am Ende der Aufschubzeit) der Jahre, in denen die Versicherung beitragspflichtig bestand.

Die Mindestbeteiligung wird auch für beitragsfreie Versicherungsjahre nach Ablauf einer vertraglich vereinbarten abgekürzten Beitragszahlungsdauer gewährt.

Bei Rückkauf oder im vorzeitigen Versicherungsfall ergibt sich die Mindestbeteiligung nach einer Wartezeit gemäß den beschlossenen Festlegungen anteilig. Ist die zugeteilte Beteiligung an den Bewertungsreserven geringer als die Mindestbeteiligung, wird die Differenz zusätzlich berücksichtigt.

Überschussverband	Mindestbeteiligung an Bewertungsreserven						
	in % des maßgeblichen Deckungskapitals für das im Geschäftsjahr beginnende Versicherungsjahr ab dem 5. Versicherungsjahr						
	2011-2012	2010	2007-2009	2006	2005 ²⁾	2005 ³⁾	2002-2004
02PK	1,960	2,616	3,600	3,600	3,600	5,200	5,200
02PKV	1,792	2,384	3,280	3,280	5,600	7,200	7,200
04PK, 04PKI	2,072	2,760	3,800	3,800	3,800	5,520	5,520
04PKV	3,208	4,280	5,880	5,880	5,880	7,520	7,520
04PKIV	2,776	3,696	5,080	5,080	5,080	6,640	6,640
05PK, 05PKH, 05PKI, 05PKIH, 05PKO ¹⁾ , 05PKIO ¹⁾	2,072	2,760	3,800	3,800	3,800	5,520	
05PKV, 05PKZ	3,208	4,280	5,880	5,880	5,880	7,520	
05PKIV	2,776	3,696	5,080	5,080	5,080	6,640	
07PK, 07PKI, 07PKO ¹⁾ , 07PKIO ¹⁾ , 07PKH, 07PKIH, 07PKZ	2,400	3,200	4,400				
07PKV	3,536	4,712	6,480				
07PKIV	3,096	4,128	5,680				
12PK, 12PKI, 12PKO ¹⁾ , 12PKIO ¹⁾ , 12PKH, 12PKIH	2,640						
12PKV	3,880						
12PKIV	3,400						

¹⁾ Für diese Tarife wird der Leistungsfaktor LF2 für die Mindestbeteiligung bei Tod auf Null gesetzt.

²⁾ Für Versicherungen, die ihren Jahrestag im April bis Dezember haben.

³⁾ Für Versicherungen, die ihren Jahrestag im Januar bis März haben.

Sonstige Angaben

B. Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherungen und Erwerbsunfähigkeits-Zusatzversicherungen

1. LAUFENDE ÜBERSCHUSSBETEILIGUNG IN DER ANWARTSCHAFT

Überschussverband	Versicherungen in der Anwartschaft		
	in % des überschussberechtigten Beitrages ¹⁾	Zusatzüberschussanteil ²⁾ in % des überschussberechtigten Deckungskapitals	Risikoüberschussanteil ²⁾ in % der überschussberechtigten Risikoprämie
02PKBUA, 02PKBUB, 02PKBUC, 02PKBUD, 02PKEU	10,00	0,35	10,00
04PKBUA, 04PKBUB, 04PKBUC, 04PKBUD, 04PKIBUA, 04PKIBUB, 04PKIBUC, 04PKIBUD	10,00	0,85	10,00
07PKBUA, 07PKBUB, 07PKBUC, 07PKBUD, 07PKIBUA, 07PKIBUB, 07PKIBUC, 07PKIBUD	10,00	1,35	10,00
12PKBUA, 12PKBUB, 12PKBUC, 12PKBUD, 12PKIBUA, 12PKIBUB, 12PKIBUC, 12PKIBUD	10,00	1,85	10,00

¹⁾ Nur für beitragspflichtige Versicherungen.

²⁾ Nur für beitragsfrei gestellte Versicherungen.

2. LAUFENDE ÜBERSCHUSSBETEILIGUNG IM RENTENBEZUG

Überschussverband	Versicherungen im Rentenbezug
	Dynamische Überschussrente und verzinsliche Ansammlung in % des überschussberechtigten Deckungskapitals
02PKBUA, 02PKBUB, 02PKBUC, 02PKBUD, 02PKEU	0,35
04PKBUA, 04PKBUB, 04PKBUC, 04PKBUD, 04PKIBUA, 04PKIBUB, 04PKIBUC, 04PKIBUD	0,85
07PKBUA, 07PKBUB, 07PKBUC, 07PKBUD, 07PKIBUA, 07PKIBUB, 07PKIBUC, 07PKIBUD	1,35
12PKBUA, 12PKBUB, 12PKBUC, 12PKBUD, 12PKIBUA, 12PKIBUB, 12PKIBUC, 12PKIBUD	1,85

C. Direktgutschrift

Die Versicherungen der Überschussverbände 02PK, 04PK, 04PKI, 05PK, 05PKI, 05PKH, 05PKIH, 05PKO, 05PKIO, 07PK, 07PKI, 07PKH, 07PKIH, 07PKO, 07PKIO, 07PKZ, 12PK, 12PKI, 12PKH, 12PKIH, 12PKO und 12PKIO erhalten eine Direktgutschrift. Die Versicherungen der Überschussverbände 02PKV, 04PKV, 05PKV, 05PKZ, 04PKIV, 05PKIV, 07PKV, 07PKIV, 12PKV und 12PKIV erhalten ab dem vierten Versicherungsjahr eine Direktgutschrift.

Die Direktgutschrift wird für die in Betracht kommenden Bestände in folgender Höhe deklariert: 4,15 % der maßgebenden Versicherungsnehmerguthaben, sofern dieser Betrag nicht höher ist als der Rohüberschuss nach Abzug des Jahresergebnisses; ansonsten entspricht die Direktgutschrift dem Saldo aus Rohüberschuss und Jahresergebnis. Die Direktgutschrift wird auf die erklärten Überschussanteile angerechnet und begrenzt.

D. Verzinsliche Ansammlung

Versicherungen, deren Überschussanteile verzinslich angesammelt werden, erhalten neben dem garantierten Zins einen Ansammlungsüberschussanteil.

Die Höhe dieses Ansammlungsüberschussanteils wird so festgelegt, dass die Verzinsung des Ansammlungsguthabens unter Einbeziehung des garantierten Rechnungszinses 3,60 % beträgt.

Sonstige Angaben

PROVISIONEN UND SONSTIGE BEZÜGE DER VERSICHERUNGSVERTRETER, PERSONAL-AUFWENDUNGEN

in Euro	2011	2010
1. Provisionen jeglicher Art der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft	4.512.675,69	3.391.746,34
2. Sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB	—,—	203.000,—
3. Löhne und Gehälter	—,—	23.727,12
4. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	—,—	—,—
5. Aufwendungen für Altersversorgung	—,—	—,—
6. Aufwendungen insgesamt	4.512.675,69	3.618.473,46
Darüber hinaus haben die Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB Provisionen und sonstige Bezüge für das Vermittlungsgeschäft erhalten	435.891,78	5.500,—

Für Mitglieder des Vorstands fielen 2011 keine Gehälter in der R+V Pensionskasse AG an. Die Bezüge an Vorstände wurden von der vertragsführenden Gesellschaft, der R+V Versicherung AG, geleistet. Die damit übernommene Konzernleitungsfunktion wird im Rahmen der Dienstleistungsverrechnung abgegolten und ist in den Funktionsbereichskosten enthalten. Daher erfolgt die Angabe gemäß § 285 Nr. 9 a HGB in voller Höhe im Jahresabschluss der R+V Versicherung AG.

An den Aufsichtsrat wurden im Geschäftsjahr keine Bezüge gezahlt.

Anzahl der Mitarbeiter

Im Geschäftsjahr wurden keine Mitarbeiter beschäftigt.

Angaben zu nahe stehenden Personen und Unternehmen

Im Berichtszeitraum sind keine Geschäfte im Sinne des § 285 Nr. 21 HGB mit nahe stehenden Personen und Unternehmen getätigt worden.

ANGABEN ZU HAFTUNGSVERHÄLTNISSEN UND SONSTIGEN FINANZIELLEN VERPFLICHTUNGEN

Zum Bilanzstichtag ergaben sich aus abgeschlossenen Verträgen und Mitgliedschaften folgende Haftungsverhältnisse gemäß § 251 HGB und Sonstige finanzielle Verpflichtungen gemäß § 285 Nr. 3 a HGB:

in Euro	Angaben zum Betrag	davon gegenüber verbundenen Unternehmen	Risiken	Vorteile
1. Kreditzusagen	10.993.225	–	Zinsstrukturkurve steigt	Zinsstrukturkurve sinkt
2. Verpflichtungen aus schwebenden Geschäften a) Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	5.000.000	2.000.000	Opportunitätskosten durch geringen Zinssatz, Kontrahentenrisiko und Emittentenrisiko	Ausgleich unterjähriger Liquiditätsschwankungen und Vermeidung von Marktstörungen bei hohem Anlagebedarf
3. Nachzahlungsverpflichtungen	8.875.917	–	Es besteht eine Verpflichtung zur Auszahlung, dabei ist keine Einflussnahme auf den Zeitpunkt der Inanspruchnahme möglich. Es besteht ein Risiko des zwischenzeitlichen Wertverfalls des Titels	Keine bilanzielle Erhöhung der Kapitalanlagen, solange nicht ausgezahlt wurde. Durch die Nichtauszahlung ergeben sich Liquiditätsvorteile, die gegebenenfalls für eine Kapitalanlage mit besserer Verzinsung genutzt werden können
4. Beiträge Sicherungsfonds	7.649.525	–	Mögliche Insolvenzen eines Lebensversicherungsunternehmens führen zu finanziellen Belastungen	Sicherheit für die Versicherungsnehmer, was zu Stabilität im Bestand und im Neugeschäft führt
5. Haftsummen (Entgeltumwandlung)	919.000	–	Inanspruchnahme der Haftungs-freistellung durch Arbeitgeber bei Verträgen mit Verteilung der Abschlusskosten auf 5 Jahre	Sicherheit für die Versicherungsnehmer, was zu Stabilität im Bestand und im Neugeschäft führt
Gesamtsumme	33.437.667	2.000.000		

Die Inanspruchnahme aus den Haftungsverhältnissen gemäß § 251 HGB ist unwahrscheinlich.

HONORARE DES ABSCHLUSSPRÜFERS

Im Geschäftsjahr wurden folgende Honorare als Aufwand (netto) erfasst:

in Euro	2011
Abschlussprüfungsleistungen	24.000,—
	24.000,—

Abschlussprüfer der R+V Pensionskasse AG ist die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft.

Sonstige Angaben /
Aufsichtsräte und Vorstände der
R+V Pensionskasse AG

Konzernabschluss

Der Jahresabschluss der R+V Pensionskasse AG wird in den Teilkonzernabschluss der R+V Versicherung AG, Wiesbaden, einbezogen. Dieser wird im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht.

Der Teilkonzernabschluss der R+V Versicherung AG wird in den übergeordneten Konzernabschluss der DZ BANK AG Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank, Frankfurt am Main, einbezogen. Dieser wird im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht.

Aufsichtsrat

Peter Weiler

– Vorsitzender –

Mitglied des Vorstands der R+V Versicherung AG, Wiesbaden

Heinz-Jürgen Kallerhoff

– Stellv. Vorsitzender –

Mitglied des Vorstands der R+V Versicherung AG, Wiesbaden

Dr. Christoph Lamby

Mitglied des Vorstands der R+V Versicherung AG, Wiesbaden

Vorstand

Frank-Henning Florian

– Vorsitzender –

Rüdiger Bach

Verantwortlicher Aktuar:

Gerhard Sprenger

Wiesbaden, 1. März 2012

Der Vorstand

Florian

Bach

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der R+V Pensionskasse Aktiengesellschaft, Wiesbaden, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2011 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt.

Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Frankfurt am Main, den 2. März 2012

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Mehren
Wirtschaftsprüfer

Horst
Wirtschaftsprüferin

Der Abschlussprüfer hat dem Bericht des Vorstands über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen folgenden Bestätigungsvermerk erteilt:

„Nach unserer pflichtmäßigen Prüfung und Beurteilung bestätigen wir, dass

1. die tatsächlichen Angaben des Berichts richtig sind,
2. bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistung der Gesellschaft nicht unangemessen hoch war.“

Der Aufsichtsrat schließt sich dieser Beurteilung an und hat keine Einwendungen gegen die Erklärungen des Vorstands am Schluss des Berichts über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen erhoben.

Wiesbaden, 5. Juni 2012

Der Aufsichtsrat

Weiler
Vorsitzender

Glossar

Abschlusskostenquote

Die Abschlussaufwendungen in Prozent der → Beitragssumme des Neugeschäfts ergeben die Abschlusskostenquote.

Aktuar / Aktuarin, DAV

Aktuare sind mathematisch ausgebildete Sachverständige. Sie sind national und international in Berufsvereinigungen organisiert, zum Beispiel in der Deutschen Aktuarvereinigung e. V. (DAV). In Deutschland müssen nach dem Versicherungsaufsichtsgesetz (VAG) Personenversicherungen einen Verantwortlichen Aktuar bestellen.

Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung

Summe der Zahlungen für angefallene Leistungsfälle einschließlich der Kosten für die Schadenregulierung und die Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle.

Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb (netto)

Provisionen sowie Personal- und Sachaufwendungen für Abschluss und laufende Verwaltung von Versicherungsverträgen, gekürzt um die Provisionen und Gewinnbeteiligungen, die von Rückversicherern erstattet wurden.

Beiträge

Der Beitrag, oft auch → Prämie genannt, ist der Preis für den Versicherungsschutz, den der Versicherer gewährt. Er kann laufend oder als Einmalbeitrag entrichtet werden. Unter „gebuchten Beiträgen“ versteht man die gesamten Beitragseinnahmen, die im Geschäftsjahr fällig geworden sind.

Beitragssumme des Neugeschäfts

Die Summe aller für die Vertragslaufzeit vereinbarten → Beiträge von neuen Verträgen.

Beitragsüberträge

Der Anteil der im Geschäftsjahr vereinnahmten Beiträge, der auf die Zeit nach dem Bilanzstichtag entfällt, wird als Beitragsübertrag unter den versicherungstechnischen Rückstellungen ausgewiesen.

Bewertungsreserven

Differenz zwischen dem Buchwert und dem → Zeitwert einer Kapitalanlage.

Black 76

Die Black-Formel 76 ist ein finanzmathematisches Modell zur Bewertung von Zinsoptionen, das von Fischer Black 1976 veröffentlicht wurde.

Brutto / Netto

Bei Brutto- bzw. Nettoausweis werden die versicherungstechnischen Positionen vor bzw. nach Abzug des Anteils ausgewiesen, der auf das in Rückdeckung gegebene Geschäft entfällt. Statt „netto“ verwendet man auch die Bezeichnung „für eigene Rechnung“.

Deckungsrückstellung

Nach versicherungsmathematischen Methoden ermittelte versicherungstechnische Rückstellung, die künftige Ansprüche der Versicherungsnehmer abdeckt. Sie entspricht dem Saldo aus dem Barwert der künftigen Verpflichtungen abzüglich des Barwerts der künftigen Beiträge.

Derivatives Finanzinstrument

Finanzinstrument, dessen Wert steigt oder fällt, wenn sich eine Basisgröße (bestimmter Zinssatz, Wertpapierpreis, Währungskurs, Preisindex etc.) ändert. Zu den Derivaten zählen insbesondere Futures, Forwards, Swaps und Optionen.

Direktgutschrift

Der Teil der Überschussbeteiligung, der dem Kunden direkt zu Lasten des Geschäftsjahresergebnisses gutgeschrieben wird und nicht aus der → Rückstellung für Beitragsrückerstattung entnommen wird.

Duration

Die Duration bezeichnet die durchschnittliche Laufzeit einer zinssensitiven Kapitalanlage oder eines Portfolios und ist ein Risikomaß für deren Sensitivität in Bezug auf Zinssatzänderungen.

Fondsgebundene Lebens- oder Rentenversicherung

Lebens- oder Rentenversicherung, bei der die Höhe der Ablaufleistung maßgeblich von der Wertentwicklung der jeweiligen Fondsanteile abhängt. Der Versicherungsnehmer ist unmittelbar am Gewinn oder Verlust der Vermögensanlage beteiligt.

Für eigene Rechnung (f.e.R.)

Der jeweilige versicherungstechnische Posten nach Abzug des in Rückversicherung gegebenen Geschäftes → Brutto / Netto.

Genossenschaftliche FinanzGruppe

Netzwerk genossenschaftlicher Zentral- und Spezialinstitute im Rahmen eines umfassenden Allfinanz-Konzeptes. Partner der R+V Versicherung sind unter anderem: DZ BANK AG, WGZ BANK AG, Bausparkasse Schwäbisch Hall, Union Investment, VR Leasing.

Hull-White-Modell

Das Hull-White-Modell ist ein finanzmathematisches Modell zur Bewertung von Zinsderivaten, das von John C. Hull und Alan White veröffentlicht wurde.

IFRS - International Financial Reporting Standards

Internationale Rechnungslegungsnormen, die eine international vergleichbare Bilanzierung und Publizität gewährleisten sollen.

Nettoverzinsung der Kapitalanlagen

Alle Erträge abzüglich aller Aufwendungen für Kapitalanlagen im Verhältnis zum mittleren Bestand der Kapitalanlagen zum

1. Januar und 31. Dezember des jeweiligen Geschäftsjahres, sofern es sich nicht um Kapitalanlagen für eine → Fondsgebundene Lebens- oder Rentenversicherung handelt.

Prämie

→ Beitrag

Provision

Vergütung des Versicherungsunternehmens an Vertreter, Makler oder andere Vermittler für deren Kosten im Zusammenhang mit dem Abschluss und der Verwaltung von Versicherungsverträgen.

Rating

Standardisierte Bonitätsbeurteilung von Schuldtiteln sowie von Unternehmen durch unabhängige, spezialisierte Bewertungsagenturen.

Reservequote

Die Reservequote errechnet sich zu einem Stichtag aus dem Verhältnis der → Bewertungsreserven zu den Kapitalanlagen zu Buchwerten.

Rohüberschuss

Überschuss eines Versicherungsunternehmens vor Aufwendungen für die Zuführung zur → Rückstellung für Beitragsrückerstattung sowie vor Gewährung der → Direktgutschrift.

Rückstellung für Beitragsrückerstattung

Die Rückstellung für Beitragsrückerstattung dient der Beteiligung der Versicherungsnehmer am Überschuss des Versicherungsunternehmens und ist eine Rückstellung für künftige Leistungen im Rahmen der Überschussbeteiligung.

Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle

Rückstellung für die Verpflichtungen aus Versicherungsfällen, die am Bilanzstichtag bereits eingetreten waren, aber noch nicht gemeldet wurden bzw. noch nicht vollständig abgewickelt werden konnten.

Rückversicherer

Versicherungsunternehmen, das Risiken anderer Versicherungsgesellschaften übernimmt und selbst keine direkten Vertragsbeziehungen zum Versicherungsnehmer unterhält.

Sicherungsvermögen

Der Teil der Aktiva eines Versicherungsunternehmens, der dazu dient, die Ansprüche der Versicherungsnehmer zu sichern. Aufgrund der Sicherstellung der Ansprüche der Versicherten im Falle einer Insolvenz ist das Sicherungsvermögen ein vom übrigen Vermögen des Versicherungsunternehmens intern getrenntes Sondervermögen, das dem Zugriff anderer Gläubiger entzogen ist.

Solvabilität

Eigenmittelausstattung eines Versicherungsunternehmens.

Stornoquote

Die Stornoquote stellt das Verhältnis der vorzeitig beendeten Versicherungsverträge aufgrund von Rückkauf, Beitragsfreistellung oder sonstigem vorzeitigem Abgang zum mittleren Versicherungsbestand gemessen am laufenden Beitrag dar.

Stress-Test

Bei Stress-Tests handelt es sich um eine spezielle Form der Szenarioanalyse. Ziel ist es, eine quantitative Aussage über das Verlustpotenzial bei extremen Marktschwankungen treffen zu können.

Strukturierte Produkte

Bei einem strukturierten Produkt wird ein → derivatives Finanzinstrument (z.B. eine Option) mit einem nichtderivativen Instrument (z.B. einer Anleihe) kombiniert.

Verbundene Unternehmen

Das Mutterunternehmen (Konzernobergesellschaft) und alle Tochterunternehmen. Tochterunternehmen sind Unternehmen, bei denen das Mutterunternehmen einen beherrschenden Einfluss auf die Geschäftspolitik ausüben kann (Control-Prinzip).

Versicherungstechnische Rückstellungen

Ungewisse Verbindlichkeiten, die unmittelbar mit dem Versicherungsgeschäft zusammenhängen. Ihre Bildung soll sicherstellen, dass die Verpflichtungen aus den Versicherungsverträgen dauerhaft erfüllt werden können.

Versicherungstechnisches Ergebnis

Saldo aus Erträgen und Aufwendungen, die dem Versicherungsgeschäft zugeordnet werden.

Verwaltungskostenquote

Die Verwaltungsaufwendungen in Prozent der gebuchten Bruttobeiträge ergeben die Verwaltungskostenquote.

Zeitwert

Der Zeitwert einer Kapitalanlage entspricht in der Regel ihrem Marktwert. Ist der Wert nicht direkt zu ermitteln, wird der Wert herangezogen, zu dem der Vermögensgegenstand zwischen sachverständigen, vertragswilligen und voneinander unabhängigen Geschäftspartnern gehandelt würde.

